

EINWOHNERRAT

PROTOKOLL

der 16. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2004-2008)

Sitzungsdatum: 15. Dezember 2005/21. Dezember 2005
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: jeweils 18.00 – 21.00 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Iris Zihlmann-Glanzmann, Präsidentin Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat
(15./21.12.2005): Dr. Anton Lauber, Präsident
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Roman Meury
Heinz Giger
Robert Vogt
Arnold Julier
Saskia Schärer
Gemeindeverwaltung: Max Kamber, Gemeindeverwalter
Andreas Weis, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)
Kurt Hürzeler, Hauptabteilungsleiter Finanzen

Gäste:
Entschuldigt (15.12.2005): Mario Bernasconi
Peter Hauser
Catherine Hosang
Kurt Kneier
Joel Wartenweiler
Entschuldigt (21.12.2005) Mario Bernasconi
Catherine Hosang
Robert Richner

Abwesend:

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 21.09.2005 betreffend
Ersatzwahl eines Mitglieds der Finanz- und Rechnungsprüfungs-
kommission
für die zurückgetretene Juliana Weber Keller, SP/EVP-Fraktion Geschäft 3629

2. Berichte des Gemeinderates vom 28.09.2005 und der
Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 25.11.2005 betreffend
der Voranschläge der Einwohnerkasse sowie Festsetzung der
Gemeindesteuern, der Feuerwehrsteuer und des Wasserpreises
für das Jahr 2006 Geschäft 3613 / A

- 3.1.0 EINTRETENSDEBATTE

- 3.1.1 Stellungnahme des Gemeinderates vom 30.11.2005
und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 25.11.2005
zu den Budgetpostulaten Geschäft 3613 B / C

- 3.1.2 Budgetpostulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend
Pos. 020-309.00 Übriger Personalaufwand
Kürzung um CHF 5'500.-- Geschäft 3613.1

- 3.1.3 Budgetpostulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend
Pos. 020-314.00 Baulicher Unterhalt durch Dritte
Kürzung um CHF 55'000.-- Geschäft 3613.2

- 3.1.4 Budgetpostulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend
Pos. 113-311 Geräte und Ausrüstung (Polizeiuniformen)
Kürzung um CHF 2'180.-- Geschäft 3613.3

- 3.1.5 Budgetpostulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend
Pos. 113-318.00 Dienstleistungen und Honorare
Kürzung um CHF 30'000.-- Geschäft 3613.4

- 3.1.6 Budgetpostulat von Christoph Morat, SP-Fraktion, betreffend
Pos. 240-314 Baulicher Unterhalt in Schulliegenschaften
Erhöhung um CHF 17'000.-- Geschäft 3613.5

- 3.1.7 Budgetpostulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend
292-302.00 Löhne Lehrkräfte Erwachsenenbildung
Kürzung um CHF 37'000.-- Geschäft 3613.6

- 3.1.8 Budgetpostulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend
Pos. 300-311.00 (Kunstgegenstände)
Streichung von CHF 6'000.-- Geschäft 3613.7

- 3.1.9 Budgetpostulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend
Pos. 300-319.00 Übriger Sachaufwand (Blaj, Pfullendorf)
Kürzung um CHF 10'000.-- Geschäft 3613.8

- 3.1.10 Budgetpostulat von Josua Studer, SVP-Fraktion, betreffend
Pos. 300-319.00 Übriger Sachaufwand
Streichung von CHF 10'000.-- (Pfullendorf) Geschäft 3613.9

- 3.1.11 Budgetpostulat von Josua Studer, SVP-Fraktion, betreffend
Pos. 300-319.00 Übriger Sachaufwand
Streichung von CHF 10'000.--(Blaj) Geschäft 3613.10
- 3.1.12 Budgetpostulat von Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, betreffend
Pos. 300-363 Kulturförderung, Zweckverbände
Erhöhung um CHF 20'000.-- Geschäft 3613.11
- 3.1.13 Budgetpostulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend
Pos. 300-364.00 Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen
Kürzung um CHF 19'000.-- Geschäft 3613.12
- 3.1.14 Budgetpostulat von Basil Kröppli, SVP-Fraktion, betreffend
Pos. 300-364 Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen
Kürzung um CHF 20'000.-- Geschäft 3613.13
- 3.1.15 Budgetpostulat von Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, betreffend
Pos. 440-366 Ambulante Krankenpflege
Erhöhung um CHF 26'000.-- Geschäft 3613.14
- 3.1.16 Budgetpostulat von Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, betreffend
Pos. 620-501 Projekt Lindenplatz
Einstellung eines Betrages von CHF 50'000.-- Geschäft 3613.15
- 3.1.17 Budgetpostulat von Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, betreffend
Pos. 770 Investitionen (Kto 780.318 Übriger Umweltschutz)
Einstellung eines Betrages von CHF 12'000.-- Geschäft 3613.16
- 3.1.18 Budgetpostulat von Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, betreffend
Pos. 942-314.04
Erhöhung um CHF 7'000.-- Geschäft 3613.17
- 3.2 DETAILBERATUNG
- 3.2.1 Voranschlag der Einwohnerkasse
- 3.2.2 Festsetzung der Gemeindesteuern pro 2006
- 3.2.2.1. Budgetpostulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion,
betreffend Voranschlag 2006 der Einwohnerkasse
(Festsetzung des Steuerfusses für die Natürlichen Personen)
Festlegung auf 56% der Staatssteuer Geschäft 3613.18
- 3.2.3 Festsetzung der Feuerwehrsteuer pro 2006
- 3.2.4 Festsetzung des Wasserverkaufspreises pro 2006
4. Berichte des Gemeinderates vom 02.11.2005 und der Finanz- und
Rechnungsprüfungskommission vom 25.11.2005 betreffend
Kenntnisnahme von der Finanzplanung
der Einwohnerkasse über die Jahre 2006 – 2011 Geschäft 3614 / A
5. Bericht der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen
vom 17.11.2005

- betreffend Friedhof, Verpflichtungskredite für
Urnennischenwand, Gemeinschaftsgrab und Urnengrab im Hain Geschäft 3622 A
6. Bericht des Gemeinderates vom 24.08.2005 und der
Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen vom 27.10.2005
betreffend
Quartierplanung Areal „Elco“, bestehend aus Quartierplan und Quartier-
planreglement, 2. Lesung Geschäft 3623 / A
7. Motion von Josua Studer, SVP-Fraktion, vom 25.05.2005 betreffend
Aufhebung der Partnerschaft mit Blaj Geschäft 3603
8. Motion von Josua Studer, SVP-Fraktion, vom 25.05.2005 betreffend
Aufhebung der Partnerschaft mit Pfullendorf Geschäft 3604
9. Motion von Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, vom 14.09.2005
betreffend
Beitritt der Einwohnergemeinde Allschwil zum Trinationalen Schutzverband
gegen nukleare Bedrohungen (TRAS) / Jahresbeitrag Geschäft 3632
10. Motion von Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, vom 14.09.2005
betreffend
Beitritt der Einwohnergemeinde Allschwil zum Trinationalen
Schutzverband gegen nukleare Bedrohungen (TRAS) /
Einmaliger Beitrag Geschäft 3633
11. Postulat von Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, vom 14.09.2005
betreffend
Gewähren der Sicherheit der Velofahrerinnen und Velofahrer durch
Markierungen der bisher unmarkierten kantonalen Velowege
in Allschwil Geschäft 3634
12. Postulat von Juliana Weber Killer, SP/EVP-Fraktion, vom 14.09.2005
betreffend
Einführung einer Tagesschule auf Primarstufe (1. – 5. Klasse) Geschäft 3635
13. Interpellation von Ursula Pozivil, FDP-Fraktion, vom 20.04.2005,
betreffend
"Einsprache von Allschwil gegen den Röhrenspeicher für Erdgas" Geschäft 3599

Nach der Pause:
- INFO-FENSTER des Gemeinderates

Der Protokollführer

.....

Einwohnerratsprotokoll Nr. 16 vom 15./21.12.2005

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Die Präsidentin des Einwohnerrates Allschwil

Iris Zihlmann-Glanzmann

Begrüssung / Mitteilungen der Präsidentin

Iris Zihlmann-Glanzmann, Präsidentin, begrüsst alle Anwesenden.

Traktandenliste

://: Die Traktandenliste wird ohne Änderungen genehmigt.

Neue parlamentarische Vorstösse

keine

Rücktritte aus dem Parlament / Neue Parlamentsmitglieder

keine

121 01.030 Einwohnerrat

**1. Bericht des Gemeinderates vom 21.09.2005 betreffend
Ersatzwahl eines Mitglieds der Finanz- und Rechnungsprüfungs-
kommission für die zurückgetretene Juliana Weber Killer, SP/EVP-
Fraktion Geschäft 3629**

://: Als Mitglied der Finanz- Rechnungsprüfungskommission für die zurückgetretene Juliana Weber Killer, SP/EVP-Fraktion, wird in stiller Wahl Peter Humbel gewählt.

MITTEILUNG AN:

Peter Humbel, SP/EVP-Fraktion (als Wahlanzeige)
Peter Greiner, Präsident SP Allschwil
Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Frakionscopräsident
Claude Rothen, SP/EVP-Frakionscopräsident

122 07.010 Budget
 01.040 Gemeinderat
 01.032.002 Finanz- und Rechnungsprüfungskommission

2. Berichte des Gemeinderates vom 28.09.2005 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 25.11.2005 betreffend der Voranschläge der Einwohnerkasse sowie Festsetzung der Gemeindesteuern, der Feuerwehrsteuer und des Wasserpreises für das Jahr 2006 Geschäft 3613 / A

Nicole Nüssli-Kaiser, Departementsvorsteherin Finanzen, erläutert den Bericht des Gemeinderates zum Voranschlag 2006. Sie präsentiert an Hand von Folien dem Einwohnerrat die Grundsätze der Budgetierung. Sie verweist dabei zunächst nochmals auf den Budgetprozess 2005. Dort habe der Gemeinderat zum ersten Mal konkrete Ziele und Grundsätze für die Budgetierung formuliert. Diese seien auch für das Budget 2006 wieder verwendet worden. Wesentlich sei unter anderem das so genannte „Zero-Ground-Budgeting“. Dies bedeute, dass jede Position im Budget auf Notwendigkeit und Höhe hinterfragt werde. Ausserdem habe man auch konsequent das Brutto-Verbuchungsprinzip angewendet. Bezüglich der Abschreibungen habe man keine Vorausabschreibungen vorgenommen. Im 2006 habe man noch einige weitere Neuerungen eingeführt. So zum Beispiel lägen dem Voranschlag ein Verzeichnis der Investitionskredite und der Verpflichtungskredite bei. Das Verzeichnis der Investitionskredite sei dieses Jahr neu. Man könne den Gesamtbetrag eines Kredites und die jeweils eingestellten Jahrestanchen ablesen. Weiter habe der ganze Budget-Prozess nach der so genannten „FILO“ (Finanz- und Leistungsordnung) stattgefunden. In der FILO sei der ganze Ablauf des Budgetprozesses genau festgelegt (Kostenwahrheit, Verantwortlichkeiten, zeitlicher Ablauf, gesetzliche Vorschriften). Die Budgetvorgaben am Anfang der Budgetierung seien: Sparmassnahmen im Personalbereich, Minimum bei den Beitragskonti, Sachaufwandplafon bei CHF 8,3 Mio., Nettoinvestitionen plafoniert bei Fr. 8,654 Mio. Das Eigenkapital solle aufgebaut werden bis auf Fr. 6 Mio. im Jahr 2010. Die Fremdverschuldung solle abnehmen um 6 Mio. bei gleich bleibendem Steuerfuss von 58%. Der vorliegende Voranschlag zeige einen Überschuss von Fr. 290'370.--. Bei der Investitionsrechnung seien Ausgaben von Fr. 14,6 Mio. gegenüber Einnahmen von 5,9 Mio. budgetiert, also Nettoinvestitionen von Fr. 8,7 Mio. Hier würden sich die Vorgaben des Gemeinderates zeigen; geplant waren Nettoinvestitionen von Fr. 8,654 Mio. Bei einer Senkung des Steuerfusses auf 56% müsse man statt mit einem Überschuss von Fr. 290'000.-- mit ca. Fr. 1 Mio. Defizit rechnen. Im Budget 2005 habe man einen Verlust von Fr. 88'000. —budgetiert. Eine erste Hochrechnung habe jedoch gezeigt, dass man die Rechnung 2005 mit einem leichten Überschuss werde abschliessen können. Vor dem Hintergrund dieser positiven Rechnungs- und Budgetergebnisse sei der Gemeinderat der Ansicht, dass man aus der Talsohle herauskomme. Die Fremdverschuldung werde man bei gleichzeitigem Aufbau des Eigenkapitals zunehmend abbauen können. Die wichtigsten Abweichungen zum Budget 2005 seien: die Teuerung bei den Personalkosten (0,8 %), zusätzliche Personalkosten bei der Abteilung Tiefbau. Hier habe man unbedingt Personal aufstocken müssen. Weiter habe man in der Abteilung Soziale Dienste im letzten Jahr leider einen Budgetierungsfehler gemacht. Diese Personalkosten seien dieses Jahr korrigiert worden. Bei den Passivzinsen könne man davon ausgehen, dass man weniger budgetieren müsse als in den Vorjahren. Die Abschreibungen müsse man um ca. Fr. 330'000. —erhöhen. Dies, weil die Investitionen gegenüber den Vorjahren ebenfalls zugenommen haben. Ein weiterer Grund seien die Steuerabschreibungen. Die Abgaben an den Kanton seien auch gestiegen. Die Abweichungen auf der Ertragsseite seien in der Hauptsache zu erwartende Steuer Mehreinnahmen. Eine Zunahme sei sowohl bei den natürlichen als auch bei den juristischen Personen zu erwarten. In den letzten Jahren habe man bei den Steuereinnahmen immer Mehrerträge ausweisen können. Daher gehe man davon aus, dass man auch für das Jahr 2006 damit rechnen könne. Bei den Ausgaben seien schwergewichtig zu nennen: die Planungskosten für das Feuerwehrmagazin, der Doppelkindergarten, die Sportanlage Im Brühl, die Kosten für das Begegnungszentrum – auch wenn hier noch die Volksabstimmung aussteht. Im Bereich Strassenbau habe man ebenso

Ausgaben eingeplant wie bei Wasser-/Abwasserleitungen und beim Hochwasserschutz. Die Entwicklung der Einwohnerkasse sei positiv. Die Selbstfinanzierung (Rechnungsüberschuss plus Abschreibungen) weise im nächsten Jahr Fr. 3,7 Mio. aus. Demgegenüber belaufen sich die Investitionen auf Fr. 8,7 Mio. Man sei also noch immer weit davon entfernt, dass man 100% der Investitionen mit eigenen Mitteln finanzieren könne. Es bleibe also immer noch ein negativer Finanzierungssaldo. Der Gemeinderat strebe langfristig einen Selbstfinanzierungsgrad von 100% an. Am Ende der Ausführungen dankt **Nicole Nüssli-Kaiser** den Mitgliedern der FiReKo für die seriöse und wertvolle Zusammenarbeit und Überprüfung des Budgets. Nur so könne man sicher sein, dass das Ergebnis am Ende des Budgetierungsprozesses richtig sei. Die Departementsvorsteherin beantragt in diesem Sinne die Genehmigung des Budgets.

Verena Meschberger, Präsidentin Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, erläutert die Haltung der Kommission zum Budget 2006. Sie will ihr Votum auf Ergänzungen zu den Ausführungen der Departementsvorsteherin und des Kommissionsberichts beschränken. Sie verweist auf eine Broschüre des Kantons zu den Budgetprozessen in den Gemeinden und zu den Aufgaben der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission. Darin stehe, dass die FiReKo den Voranschlag begutachten solle. Dies bedeute prüfen und finanzpolitisch würdigen. Gemäss dieser Wegleitung solle die Investitionsrechnung dahingehend beurteilt werden, ob das gemeinderätlich geplante Investitionskonzept den finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde entspreche. Die FiReKo habe also geprüft, ob das vorgelegte Budget mit den Strategiezielen und dem Finanzplan im Einklang stehe. Die Präsidentin der FiReKo ist der Ansicht, dass der Voranschlag die Anforderungen der Wegleitung erfülle. Diese Schlussfolgerung habe sie aber noch nicht mit den anderen Kommissionsmitgliedern abgesprochen, da die Wegleitung erst vor ca. 2 Wochen veröffentlicht worden sei. Bei der laufenden Rechnung sei eine solche Würdigung relativ schwierig. Der Gemeinderat sei bei der Gestaltung der laufenden Rechnung stark eingeschränkt. Ca. 85% der Ausgaben werden durch den Kanton respektive durch übergeordnete Gesetze vorgegeben. Die Gemeinde habe immer weniger Möglichkeiten, ihre Ausgaben selber zu bestimmen. Das konsequente Verfolgen der finanziellen Strategieziele führen eindeutig zum Ziel. Zum ersten Mal seit Jahren könne das Budget schwarze Zahlen ausweisen. (Sie verweist auf vorbereitete Folien). Bis ins Jahr 1990 sei das Eigenkapital laufend aufgebaut worden, bis auf Fr. 12 Mio. Dann sei ein „rotes“ Jahrzehnt gekommen, der Eigenkapitalanteil habe stetig abgenommen, bis auf ca. Fr. 4 Mio. im Jahr 2000. Dies, obwohl der Steuerfuss leicht angehoben worden sei. Der Steuerfuss sei seit 2003 bei 58% stabil geblieben. Die Schrecksekunde sei mit dem Abschluss 2001 eingetreten. Dort habe man ein Defizit von Fr. 2540. — im Budget ausweisen müssen. Im Einwohnerrat seien die Sparvorschläge des Gemeinderates auf wenig Begeisterung gestossen. Dennoch habe der Gemeinderat seine Sparanstrengungen ab 2003 durchgeführt. Dazu könne man dem Gemeinderat und der Verwaltung gratulieren, insbesondere auch dazu, dass es im 2003 und 2004 gelungen sei, besser abzuschliessen als budgetiert. Die Präsidentin überreicht dem Hauptabteilungsleiter Finanzen, Kurt Hürzeler, eine weisse Rose in Anerkennung seiner guten Leistungen und im Hinblick darauf, dass er zum Abschluss seiner Karriere (Pensionierung) ein positives Budget präsentieren kann.

Die Präsidentin geht darauf ein, was bei einer Steuersenkung passieren könne. Dazu nimmt sie hypothetisch an, dass alle 17 eingereichten Budgetpostulate angenommen würden. Dies würde bedeuten, dass der Überschuss Fr. 334'000. — betrage. Ausserdem rechnet sie vor, dass eine gleichzeitige Steuersenkung von zwei Prozent, wie von Bruno Steiger, SD-Fraktion, verlangt, ein Defizit per 31.12.2006 von Fr. 916'000. —bedeute. Die Auswirkungen auf das Eigenkapital wären gravierend. Es würde einen Fehlbetrag von Fr. 816'000. —ausweisen. Man wäre also mehr als „pleite“. In der Privatwirtschaft wäre das undenkbar. **Verena Meschberger**, Präsidentin FiReKo, überreicht eine verwelkte weisse Rose an Bruno Steiger, SD-Fraktion, für sein Bestreben, die Steuern zu senken.

EINTRETEN unbestritten.

Es folgt die Beratung der Budgetpostulate:

123 01.040 Gemeinderat
01.032.002 Finanz- und Rechnungsprüfungskommission

**3.1.1 Stellungnahme des Gemeinderates vom 30.11.2005
und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 25.11.2005
zu den Budgetpostulaten Geschäft 3613 B / C**

Die Stellungnahme der FiReKo erfolgt durch **Verena Meschberger**, Präsidentin. Sie verweist auf die vorliegende Tabelle, bei der zu jedem Budgetpostulat die Meinung der FiReKo wiedergegeben ist.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, möchte grundsätzlich zu den Budgetberatungen etwas sagen. Er würdigt die Arbeit des Gemeinderates und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission sowie der Mitarbeiter der Verwaltung für die Ausarbeitung des Budgets und die umsichtige Finanzplanung. Er sei gespannt darauf, was am Ende des nächsten Jahres tatsächlich noch mit dem Voranschlag übereinstimme. Man wisse letztlich nie, ob sich die Planung verwirklichen lasse. Zuletzt kritisiert er die immer wiederkehrenden Budgetpostulate gleichen Wortlauts und kündigt an, dass die SP/EVP-Fraktion dazu wohl eher schweigen wird, als immer wieder das gleiche dazu zu entgegnen.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, führt aus, dass die Stellungnahme der FiReKo zum Voranschlag, zu den Sparbestrebungen und dem haushälterischen Umgang mit den Finanzen eine „Lobhudelei“ sei. Der Durchschnittsbürger sehe den Voranschlag von 2005 an. Dort sei ein Aufwand von über Fr. 66 Mio. ausgewiesen, im 2006 sogar eine Million mehr, also Fr. 67 Mio. . Der Ertragsüberschuss von 290'000. —sei geradezu lächerlich, dies seien gerade mal zwei Beamtenlöhne. Dies mache ihm Sorgen. Jedes Jahr steige in Allschwil die Staatsquote und doch rede man jedes Jahr von „Sparen“. Es bestehe eine enorme Ausgabenfreudigkeit für fragwürdige Investitionen. Dies sei ein Problem. Deswegen sei man so schlecht dran. Die Attraktivität für die Steuerzahler nehme ab. Andere Gemeinden würden die Steuern senken. Oberwil habe 48, Binningen 46% Steuerfuss. Man könne nicht wirklich stolz auf das Ergebnis sein. So könne man nicht mehr weiter machen. Die „Classe politique“ von Allschwil lege diesbezüglich eine Sorglosigkeit an den Tag, die ihn störe. Man könne nicht nur von steigenden Einnahmen reden, man müsse die Ausgaben senken. Es müsse ein Umdenken stattfinden. Aus diesem Grund wolle die SD helfen und fragwürdige Investitionen vors Volk bringen. Tempo-30 wolle man auch wieder bringen, obwohl es schon zweimal vom Volk verworfen worden sei. Er habe das Gefühl, gewisse Politiker wollten sich mit diesen Investitionen ein Denkmal setzen. Am liebsten hätte die SD das Geschäft zurückgewiesen. Man wolle jetzt aber die Budgetdiskussion abwarten.

Peter von Arx, SVP-Fraktion, bringt zum Ausdruck, dass die SVP mit der Ausgewogenheit des Budgets zufrieden sei. Er dankt allen an dem Budgetprozess beteiligten Personen aus der Verwaltung, dem Gemeinderat und der Kommission. Man hoffe, dass im nächsten Jahr keine unverhofften Ausgaben das Budget „über den Haufen“ werfen. Die SVP-Fraktion erkläre sich im Grossen und Ganzen mit dem Budget einverstanden.

Beat Meyer-Zehnder, CVP-Fraktion, bringt namens seiner Fraktion ebenfalls die Zufriedenheit darüber zum Ausdruck, dass man schwarze Zahlen ausweisen könne. Er lobt besonders die sehr gute Kostenkontrolle und die Einhaltung der eingeleiteten Sparmassnahmen. Für die CVP-Fraktion seien Steuersenkungen zurzeit kein Thema. Wem das nicht passe, der könne ja zum Beispiel nach Oberwil oder Freienbach – das sei noch günstiger - wegziehen.

124 01.070 Personal

**3.1.2 Budgetpostulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend
Pos. 020-309.00 Übriger Personalaufwand Kürzung um CHF 5'500.--
Geschäft 3613.1**

Bruno Steiger, SD-Fraktion, begründet sein Postulat. Er ist der Ansicht, dass auch der Verwalter kein König sei. Man müsse für die Evaluation des neuen Verwalters keinen extremen Aufwand betreiben. Auf dem freien Arbeitsmarkt gebe es heute sicher genügend geeignete Bewerber und Bewerberinnen. Der Mehraufwand von Fr. 5'500. —für die Kosten der Evaluation könne man sicher sparen. Auch als Personalchef bedarf es einer „guten Nase“ für die einzustellenden Personen. Dies gelte auch für die Nachfolge des Verwalters Max Kamber. Der Qualität der Person, welche die Stelle antreten wird, seien die Sparmassnahmen auch nicht abträglich.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, erläutert, dass in der nächsten Zeit sehr wichtige Positionen in der Gemeinde neu zu besetzen seien. Die eine sei die von Kurt Hürzeler, Hauptabteilungsleiter Finanzen, und dann die des Gemeindeverwalters Max Kamber. Beides seien Schlüsselstellen. Es würden sich in diesem Zusammenhang auch Fragen der Reorganisation der Verwaltung und der Neudefinition des Stellenbeschriebs stellen. Er habe es sich schon bei seinem Amtsantritt zur Aufgabe gemacht, auf die Neubesetzung besonderes Augenmerk zu legen. Der Gemeinderat sei immer davon ausgegangen, sich hierbei professionell beraten zu lassen. Ihn befremde die Idee des Postulates der Einfrierung des Budgetbetrages auf dem letztjährigen Stand. Im letzten Jahr sei nämlich bereits die Kosten für die Evaluation der Nachfolge von Kurt Hürzeler budgetiert gewesen, dieses Jahr diejenigen für die Nachfolge von Max Kamber. Wenn man also das Budget auf dem Vorjahresstand einfriere, so resultiere daraus letztlich eine Erhöhung. Es sei dafür also jetzt der falsche Zeitpunkt.

Abstimmung:

://: Mit 2 Ja-Stimmen zu 32 Nein-Stimmen wird das Budgetpostulat 3613.1 abgelehnt.

125 11.210 Liegenschaften; Baulicher Unterhalt
07.010 Budget

**3.1.3 Budgetpostulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend
Pos. 020-314.00 Baulicher Unterhalt durch Dritte
Kürzung um CHF 55'000.-- Geschäft 3613.2**

Bruno Steiger, SD-Fraktion, begründet sein Postulat. Das Gemeindezentrum sei relativ neu. Im Vorfeld der Erstellung habe man mit allen Abteilungen geredet und die Bedürfnisse festgestellt. Offensichtlich habe die Kommunikation aber nicht richtig funktioniert, wenn man nun, nach so kurzer Zeit, schon mit nachträglichen Extrawünschen komme. Mehrkosten von Fr. 55'000. — könne man nicht so einfach hinnehmen. Man solle mit dem bisherigen Budget das Möglichste machen.

Abstimmung:

://: Mit 2 Ja-Stimmen zu 33 Nein-Stimmen wird das Postulat 3613.2 abgelehnt.

126 06.090 Gemeindepolizei

**3.1.4 Budgetpostulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend
Pos. 113-311 Geräte und Ausrüstung (Polizeiuniformen)
Kürzung um CHF 2'180.-- Geschäft 3613.3**

Bruno Steiger, SD-Fraktion, begründet das Postulat wie folgt: Er verweist auf die Budget-Beratungen des Landrats. Dort habe man die neuen Uniformen klar abgelehnt. Dies mit der Begründung, dass man unter der Ära Stucki, im Jahr 2000, Ski-Lehrer-Uniformen und andere Uniformen angeschafft habe. Davon sei noch ein grosser Bestand vorhanden. Das Kantonsparlament sei zum Schluss gekommen, dass die Polizei noch gute und schöne Uniformen habe. Es gebe daher auch kein Bedürfnis, gleich auszusehen, wie die Berner oder Solothurner Polizisten. Das Polizeikonkordat leide darunter nicht. Man sei zum Schluss gekommen, man solle die bestehenden Uniformen erst noch aufbrauchen. Daher mache es keinen Sinn, wenn man auf Gemeindeebene neue Uniformen anschaffen wolle. Den Betrag für die neuen Uniformen könne man streichen. Dieses Projekt werde ohnehin nicht zustande kommen.

Saskia Schärer, Departementsvorsteherin Einwohnerdienste und Sicherheit, erläutert dazu, dass die Gemeindepolizei Allschwil keinerlei Uniformen auf Lager habe. Alle Kleidungsstücke müssten extra bestellt werden. Im Hinblick auf das Konkordat seien schon seit geraumer Zeit keine Anschaffungen mehr gemacht worden. Es müssten nächstes Jahr ohnehin neuen Uniformteile besorgt werden, diese müssten dann aber zu einem viel höheren Preis eingekauft werden, als dies unter dem Konkordat der Fall wäre.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, erwidert, dass nun doch gar keine Uniformen im Kanton gekauft würden. Zuerst würden die alten Uniformen aufgebraucht. Es gebe keine neuen Konkordatsuniformen.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, erläutert, dass die neuen Uniformen in der Tat nur im Zusammenhang mit dem Konkordat beschafft würden. Wenn man diese über das Konkordat beschaffe, käme dies günstiger, wie wenn sie anders beschafft werden müssten. Das Postulat sei insofern korrekt, dass man die Gelder nur brauche, wenn es Konkordatsuniformen gebe. Sofern das Konkordat nicht zustande komme, werde man die Fr. 2'180. —also auch nicht benötigen. Aber: die Gemeinde Allschwil benötige ohnehin neue Uniformen. Diese kämen ohne Konkordatslösung wesentlich teurer.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, betont, dass allenfalls im Jahr 2007 diese Position wieder im Kantonsbudget aufgeführt werde. Es genüge, wenn die Gemeinde diese Position ebenfalls dann wieder aufnehme. Für 2006 mache es keinen Sinn. Ohne Konkordat keine Uniformen.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, hält fest, dass der Postulant mit seinem Postulat offensichtlich genau das Gegenteil von dem erreicht, was er eigentlich vorhat. Er spare mit dem Postulat gerade keine Kosten. Wenn man die Uniformen nicht beim Konkordat kaufe, müsse man sie woanders zu einem höheren Preis kaufen. Es spiele hier keine Rolle, ob der Kanton Basel-Landschaft die Uniformen kaufe oder nicht. Die Gemeindepolizei Allschwil benötige offenbar ohnehin neue.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, appelliert an die Vernunft des Gemeinderates. Er bestätigt, dass die so genannte Konkordatsuniform im Landrat heute abgelehnt worden sei. Die Idee sei gewesen, dass innerhalb des Polizeikonkordats alle gleich uniformiert seien, dies über die Kantonsgrenzen hinweg. Er gehe jetzt schon davon aus, dass die Gemeindepolizei Allschwil nun nicht als Exoten mit den Konkordatsuniformen herumlaufen wolle. Er hat Bedenken, dass man die Gemeindepolizisten dann eventuell nicht mal mehr als solche erkennen werde.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, vergleicht die Kosten für die Neuanschaffung von Uniformen. Die bisherigen Uniformen kosten Fr. 1'342.-- / Person. Die Konkordatsuniformen kosten Fr. 548.-- / Person.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, fühlt sich befremdet. Er betont nochmals, dass es die Konkordatsuniformen bis auf weiteres gar nicht geben werde. Man solle zuerst die alten Bestände aufbrauchen. Es sei skandalös, wenn man hier nicht sparen wolle.

Saskia Schärer, Departementsvorsteherin Einwohnerdienste und Sicherheit, präzisiert, dass es die Konkordatsuniformen sehr wohl schon gebe. Die Polizisten von Basel-Stadt trügen sie bereits.

Abstimmung:

://: Das Postulat wird mit 2 Ja-Stimmen zu 27 Nein-Stimmen wird das Budgetpostulat 3613.3 abgelehnt.

127 07.010 Budget
 06.093 Verkehrssicherheit, Strassensignalisation, VPA

**3.1.5 Budgetpostulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend
Pos. 113-318.00 Dienstleistungen und Honorare
Kürzung um CHF 30'000.--** **Geschäft 3613.4**

Bruno Steiger, SD-Fraktion, begründet das Postulat. Man habe bereits zweimal über Tempo-30 das Volk abstimmen lassen. Beide Male sei es abgelehnt worden. Nun wolle man es über das Budget zwangsweise einführen, gegen den Volkswillen. Dies, obwohl man wisse, dass es mehr Probleme als Vorteile gebe.

Josua Studer, SVP-Postulat, hält den eingestellten Betrag von Fr. 30'000. — für viel zu hoch. Hier werde Geld verschleudert. Für eine Abklärung im Sinne von „Prüfen und Berichten“ benötige man nicht so viel Geld.

Beat Meyer-Zehnder, CVP-Fraktion, kündigt an, dass seine Fraktion das Budget-Postulat ablehnen werde. Allerdings seien die Einführungskosten für die Tempo-30-Zonen mit Fr. 500'000. —bis 700'000.—sehr hoch. Immerhin sei dies vom Volk schon einmal abgelehnt worden. Wenn die Kreditvorlage dann komme, benötige es schon einiges an guten Erklärungen, warum die Kosten so hoch seien.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, erinnert daran, dass man am 16.11.2005 an der Einwohnerratssitzung die verschiedenen Vorstösse zum Verkehr beraten habe. Dort haben man der Weiterführung der Abklärungen zu Tempo-30 zugestimmt und dem Gemeinderat einen klaren Auftrag erteilt, eine Vorlage auszuarbeiten. Dass eine komplexe Vorlage entsprechende professionelle Vorbereitung bedürfe, müsse allen klar sein. Dies koste halt Geld. Immerhin könne man hier der Attraktivität Allschwils und der Verkehrssicherheit gute Dienste leisten.

Für **Robert Vogt**, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, hat die Einführung von Tempo-30-Zonen heutzutage ganz andere Voraussetzungen als noch vor ein paar Jahren. Es bedürfe keiner grossen baulichen Vorkehrungen und man könne durch die Aufhebung der Stoppstrassen in Tempo-30 Zonen zugleich auch flüssigeren Verkehr erreichen. Mit den budgetierten Fr. 30'000. —wolle man eine gute Abklärung und Vorplanung erreichen, um dem Einwohnerrat eine fundierte Vorlage präsentieren zu können.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion, entgegnet der Kritik von Bruno Steiger, dass nicht nur das Thema „Tempo 30“ im Einwohnerrat immer wieder diskutiert werden müsse, sondern auch

andere Themen immer wieder in den Einwohnerrat eingebracht würden, obwohl man schon mehrfach darüber abgestimmt habe.

Abstimmung:

://: Mit 7 Ja-Stimmen zu 27 Nein-Stimmen das Budget-Postulat 3613.4 abgelehnt.

128 07.010 Budget
11.210 Liegenschaften; Baulicher Unterhalt

**3.1.6 Budgetpostulat von Christoph Morat, SP-Fraktion, betreffend
Pos. 240-314 Baulicher Unterhalt in Schulliegenschaften
Erhöhung um CHF 17'000.-- Geschäft 3613.5**

Da der Gemeinderat bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen, wird eine Diskussion nur geführt, wenn ein gegenteiliger Antrag gestellt wird.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, hält es für bedenklich, dass die Mehraufwendungen von Fr. 17'000. —einfach ohne Diskussion genehmigt werden sollen. Die Abteilung Hochbau habe schliesslich die Aufgabe, die Liegenschaften immer in Ordnung zu halten. Man könne für diese Aufgaben nicht einfach mit einem Budgetpostulat kommen. Dies gehöre zum allgemeinen Unterhalt der Schulhäuser. Es sei nicht in Ordnung, diese Position einfach aufzustocken.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, hält fest, dass ohnehin in ein paar Jahren eine Totalsanierung des Schulhauses Bettenacker geplant sei. Wenn man jetzt Investitionen tätige, müssten diese bei der Sanierung wohl wieder herausgerissen werden. Aus diesem Grund sei man in ihrer Fraktion mehrheitlich gegen das Postulat.

Der Postulant **Christoph Morat**, SP/EVP-Fraktion, begründet seinen Vorstoss wie folgt: Für ihn gehe es darum, dass mit den Fr. 17'000. —wirklich nur die im Postulat aufgeführten Arbeiten ausgeführt würden. Es könne nicht sein, dass im Primarschulhaus Bettenacker kein fliessend warmes Wasser existiere. Im älteren Schulhausstrakt gebe es Beleuchtungen, welche nicht mehr zumutbar seien. Er stelle sich vor, zum Beispiel Bewegungsmelder für das Licht zu montieren. Die üblichen eingestellten Beträge für den normalen Schulhausunterhalt würden nicht genügen, um neben den üblichen Reparaturarbeiten auch solche Aufwendungen zu bezahlen. Die Warmwasserleitungen instand zu stellen und den Warmwasserboiler zu kontrollieren sowie die Beleuchtung auf den drei Schulhausetagen sicherer zu gestalten, sei nun wirklich kein Luxus.

Abstimmung:

://: Mit 22 Ja-Stimmen zu 11 Nein-Stimmen wird das Budget-Postulat 3613.5 überwiesen.

129 07.010 Budget
04.042 Erwachsenenbildung
01.070 Personal

**3.1.7 Budgetpostulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend
292-302.00 Löhne Lehrkräfte Erwachsenenbildung
Kürzung um CHF 37'000.-- Geschäft 3613.6**

Bruno Steiger, SD-Fraktion, als Postulant begründet den Vorstoss damit, dass in Allschwil gewisse Kurse für Erwachsene angeboten würden. Die Teilnehmer seien nicht wirklich bedürftig. Sie frönen lediglich ihren Hobbies. Es sei nicht richtig, dass diese subventioniert würden. Der Betrag von total Fr. 74'000. —sei kein „Pappenstiel“. Auch diejenigen Steuerzahler,

welche die Kurse nicht in Anspruch nähmen, müssten dies hier mitfinanzieren. Eine Reduktion um die Hälfte sei angemessen. Die Teilnehmer müssten dann halt selbst mehr bezahlen. Andere bekämen für ihre Hobbies auch keine Unterstützung. Die Kürzung der Beiträge solle zu Lasten der Kursteilnehmer erfolgen.

Heinz Giger, Departementsvorsteher Bildung Erziehung Kultur, habe feststellen können, dass vor allem Männer nicht kochen, bügeln oder nähen könnten. Vor diesem Hintergrund sei es eigentlich schade, wenn man ein solches historisch gewachsenes Freizeitangebot nun zusammenstreichen würde. Ausserdem seien die Kurse ein Teil des Leistungsauftrages, welcher der Einwohnerrat dem Gemeinderat gegeben habe. Die entstehenden Kosten habe man in einen angemessenen Rahmen bringen wollen. Wenn man hier die Kosten für die Teilnehmer noch mehr anhebe, dann gingen die Teilnehmerzahlen weiter zurück, was letztlich wiederum eine weitere Erhöhung der Kurskosten mit sich bringe. Zurzeit stünden die Kosten der Teilnehmer mit den entstehenden Kosten für die Gemeinde im Rahmen ihres Leistungsauftrages in einem gesunden Verhältnis.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, bemerkt, dass auch dieses Postulat offenbar jedes Jahr aufs Neue diskutiert werden müsse. Für das nächste Jahr gibt er dem Postulanten Bruno Steiger, SD-Fraktion, mit auf den Weg, dass die Kosten in Allschwil zu den höchsten im Kanton gehören. Er habe sich darüber informiert. Vielleicht sollte der Postulant das Budgetpostulat im nächsten Jahr etwas besser begründen.

Basil Kröpfli, SVP-Fraktion, hält es nicht für eine Kernaufgabe des Staates, ausgewählte Kurse und Hobbies zu subventionieren. Vor allem nicht, wenn man verschuldet sei. Andere Hobbies müsse man auch selber zahlen. Er habe sich kochen und bügeln auch selber beibringen müssen.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, nimmt Bezug auf das Votum von Dr. Guido Beretta. Er ist der Ansicht, dass man sich bei entsprechendem Einkommen auch kostendeckend an einem solchen Kurs beteiligen könne.

Abstimmung

://: Mit 7-Ja-Stimmen zu 27 Nein-Stimmen wird das Budgetpostulat 3613.6 abgelehnt.

130 07.010 Budget
 04.092 Kulturwesen

**3.1.8 Budgetpostulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend
Pos. 300-311.00 (Kunstgegenstände
Streichung von CHF 6'000.--**

Geschäft 3613.7

Bruno Steiger, SD-Fraktion, begründet sein Postulat wie folgt. Er erinnert daran, dass der Rat es schon einmal geschafft habe, diese Position ersatzlos zu streichen. Er findet es nicht in Ordnung, wenn sich der Gemeinderat hierbei allein auf das Kulturleitbild stütze. Es habe nichts mit einem Kulturleitbild zu tun. Wenn der Gemeinderat ein gutes Vorbild sein wolle, dann solle er jetzt darauf verzichten, Kunstgegenstände einzukaufen. Man habe ja noch genug so genannte „Kunstgegenstände“. Im Zuge der Sparmassnahmen solle der Gemeinderat darauf verzichten, Kunstgegenstände einzukaufen. Er habe sich auch gegen die „Kunst am Bau“ im Gemeindezentrum, die Fernrohre, gewehrt. Der Gemeinderat solle hier ein gutes Beispiel abgeben. Der Verzicht tue niemandem weh.

Verena Meschberger, SP/EVP-Fraktion, ergreift im Namen der FiReKo das Wort. Sie korrigiert die tabellarische Stellungnahme der Kommission. Beim vorliegenden Geschäft müsse es heissen: das Postulat sei anzunehmen bei 2 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen und 0 Nein-Stimmen. Dies sei ja eigentlich ein komisches Resultat, aber es sei eines dieser Postulate,

welches jedes Jahr wieder kommt. Die FiReKo „habe daran keine Freude“. Die Kommission hält dies für "Zwängelei". In der Tat sei es vor ein paar Jahren so gewesen, dass das Postulat angenommen worden sei. Der Gemeinderat habe dann aber in eigener Kompetenz, völlig rechtens, Kunstgegenstände angeschafft. Die FiReKo halte dies für einen schlechten Stil. Es würde dem Gemeinderat gut anstehen, auf die Anschaffung zu verzichten, wenn der Einwohnerrat sich deutlich dagegen ausgesprochen habe.

Heinz Giger, Departementsvorsteher Bildung Erziehung Kultur, erinnert daran, dass der Einwohnerrat das Kulturleitbild verabschiedet habe. Er könne sich nur schwer vorstellen, dass der Einwohnerrat dieses in gewissen Situationen für nicht anwendbar erkläre. In Bezug auf das Postulat gehe es um Kulturförderung, nicht darum, dass die Gemeinderäte ihre persönlichen Bedürfnisse für Bilder befriedigen wollten. Er würde gerne mit Bruno Steiger eine Führung durch die Gemeinde zu machen, um ihm zu zeigen, wie sich die Kunst in Allschwil darstelle. Er zitiert Pablo Picasso mit den Worten: „Kunst wäscht den Staub des Alltags von der Seele“. Darum gehe es der Gemeinde mit der Kulturförderung.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, erachtet die Äusserungen von Heinz Giger als sehr subjektiv. Man könne dies auch anders sehen.

Abstimmung

://: Das Postulat 3613.7 wird mit 8 Ja-Stimmen zu 22 Nein-Stimmen abgelehnt.

131 07.010 Budget
01.065 Partnerschaften; Blaj

**3.1.9 Budgetpostulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend
Pos. 300-319.00 Übriger Sachaufwand (Blaj, Pfullendorf)
Kürzung um CHF 10'000.-- Geschäft 3613.8**

Bruno Steiger, SD-Fraktion, begründet sein Postulat. Auch hier komme er jedes Jahr wieder mit dem Postulat. Er betrachte die Partnerschaft als Einbahnstrasse. Es werde nur einseitig Geld in Rumänien investiert. Grundsätzlich sei dies nicht Aufgabe der Gemeinde. Er erinnere an die letzte Informationsveranstaltung der „Freunde von Blaj“. Hier seien vor allem Lehrer aktiv gewesen. Er ist der Ansicht, dass man sich durchaus auf privater Ebene engagieren könne. Die Partnerschaft habe im letzten Jahr auch bargeldlos funktioniert. Er bemängelt, wie sich Nicolas Dolder von der Domaine Nussbaumer, Aesch, als „edler Wohltäter“ engagiere. In Tat und Wahrheit verfolge er wohl eher wirtschaftliche Interessen. Immerhin habe die Gegend um Blaj wertvolles Kulturland. Dolder habe wohl kommerzielle Interessen, um später den Wein hier verkaufen zu können. Es gehe hier darum, dass man gegenseitig voneinander profitiere. Er habe nichts dagegen, dass sich Private einsetzen würden, aber die öffentliche Hand solle darauf verzichten, so genannte Wirtschaftsförderung zu betreiben. Es sei im letzten Jahr auch ohne die Fr. 10'000. —gegangen.

Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, betont, dass sehr wohl ein gegenseitiges Profitieren Teil einer Partnerschaft sein dürfe. Man habe ja jetzt gesehen, dass die Lehrer gegenseitig voneinander profitiert hätten. Es gehe um kulturellen Austausch. Auch die Gemeinde Allschwil könne von den Erfahrungen in Blaj profitieren, ebenso zum Beispiel eine Musikgruppe aus Blaj hier in Allschwil. Es sei heute auch Gang und Gäbe, dass man eine Partnerstadt habe. Vielleicht müsse man die Partnerschaft auch noch mehr vertiefen und abklären, was voneinander erwartet werde. Das Postulat heute sei aber auch eher als Zwängelei anzusehen. Der eingestellte Betrag sei auch nicht extrem hoch. Diesen für Kredite oder gegenseitige Besuche auszugeben, sei sicher nicht übertrieben. Wenn zum Beispiel Roger Federer nach Allschwil käme, würde man einen solchen Betrag locker für den Besuch ausgeben. Er bittet das Plenum um Ablehnung des Postulates.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, erläutert die Haltung seiner Fraktion. Seine Fraktion befürwortet, dass Allschwil Partnerschaften mit anderen Städten habe, sei es mit Blaj oder mit Pfullendorf. Aber die Fraktion findet es nicht richtig, dass ein immer wiederkehrender Betrag ins Budget aufgenommen werden soll. Eine projektbezogene Kreditvorlage halte seine Fraktion für besser. Dann könne man besser nachvollziehen, was und mit welchem Erfolg gemacht wurde. Eine allgemeine Form der Mittelbereitstellung würde nicht befürwortet. Aus diesem Grund müsse die FDP-Fraktion die Postulate der SD und der SVP moralisch unterstützen, damit letztlich die Haltung der FDP-Fraktion zum Durchbruch gelangen könne.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, beantragt namens des Gemeinderates die Ablehnung der drei Postulate zur Abschaffung der Partnerschaften. Dies nicht zuletzt aus dem Grund, dass der Einwohnerrat sich schon mehrfach mit dem Thema beschäftigt habe. Ausserdem müsse man auch noch über die Motionen abstimmen. Wenn also die Motionen überwiesen würden, wären die Budgetpositionen ohnehin hinfällig. Eine Partnerschaft ohne Geld mache keinen Sinn. Man dürfe aber eine Partnerschaft nicht nur vom finanziellen Standpunkt aus betrachten. Er sei an der Veranstaltung der Lehrerschaft über den Besuch in Blaj gewesen. Leider seien nur 2 Einwohnerräte anwesend gewesen, dazu einer entschuldigt. Es sei schade gewesen, dass sonst keine Einwohnerräte, auch der Postulant nicht, an der Veranstaltung gewesen seien. Dort habe man schon merken könne, dass andere als monetäre Interessen die Partnerschaft prägen. Dort wisse man noch, wie man mit weniger Geld leben müsse und könne. Davon könnten einige noch etwas lernen. Dies sei ja eigentlich das Leben, welches dem Postulant offenbar auch hier vorschwebe.

Weiter möchte er das Argument entkräften, man würde einfach nur Geld „stopfen“. Dies stimme nicht. Es habe eine Stage einer Ärztin hier in der Schweiz gegeben, ein Molkereifacharbeiter sei hier gewesen, weiter jeweils 2 Winzer für je 6 Monate. Ausserdem hätten auch schon Krankenschwestern hier im Alterszentrum ein Praktikum absolviert. Im gesamten Budget seien auch noch andere Beträge aufgeführt und genehmigt, ohne dass man über jeden Betrag genaue Rechenschaft über die konkrete Verwendung abliefern müsse. Warum solle man das jetzt hier machen? Letztlich sei eine solche Partnerschaft etwas sehr Dynamisches. Man könne also im Rahmen des Budgets nicht genau vorhersagen, für was die Fr. 10'000. — benötigt würden.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, betont, dass die Gemeinde Allschwil die Lehrerreise nicht finanziert habe. Die Teilnehmer hätten alle Kosten selber getragen. Aber sie hätten durchaus im Sinne der Gemeinde und für einen kulturellen Austausch agiert. Über die Haltung der FDP-Fraktion zeigt er sich erstaunt. Die Partnerschaft bestehe nun und benötige auch einen gewissen Betrag zur freien Verfügung, zum Beispiel um die Kontakte aufrecht zu erhalten.

Max Amsler, SD-Fraktion, stört es, dass man immer von der Armut in Blaj rede. Er erinnert daran, dass man es seit Jahren mit versteckter Armut in Allschwil zu tun habe.

Abstimmung

://: Das Budgetpostulat 3613.8 wird mit 13 Ja-Stimmen zu 19 Nein-Stimmen abgelehnt.

132 07.010 Budget
01.060 Partnerschaften; Pfullendorf

**3.1.10 Budgetpostulat von Josua Studer, SVP-Fraktion, betreffend
Pos. 300-319.00 Übriger Sachaufwand Streichung von CHF 10'000.--
(Pfullendorf) Geschäft 3613.9**

Josua Studer, SVP-Fraktion, macht nachfolgend Ausführungen zu den Postulaten 3613.9 und 3610.10. Offenbar stosse das Thema Partnerschaften immer wieder auf Interesse der Medien.

Als er die Einladung zur Informations-Veranstaltung betreffend Partnerschaft mit Blaj bekommen habe, sei seine Fraktion schon zufrieden gewesen. Man habe immerhin etwas bewegt. Aber eine Teilnahme sei für seine Fraktion nicht in Frage gekommen. Man habe schliesslich eine Meinung zu dem Thema. Deshalb habe man es auch nicht nötig, sich weiter informieren zu lassen und sich bei einer solchen Veranstaltung „einpacken“ zu lassen. An die Adresse der Pressevertreterin Regula Vogt (Allschwiler Wochenblatt, Basellandschaftliche Zeitung, Anm. des Protokollführers) führt er aus, dass sie, R. Vogt, immer wieder erwähnt habe, dass die Motionen Blaj und Pfullendorf in den letzten Sitzungen nicht behandelt worden seien. Er sei froh, dass die Motionen an der letzten Sitzung nicht behandelt worden seien. Damals habe ein grosser Teil der SP/EVP-Fraktion gefehlt. Eine Behandlung der Geschäfte unter diesen Umständen hätte auch ein schlechtes Echo ausgelöst. Im Übrigen hätte auch ohne Sitzungsunterbruch die Zeit an der letzten Sitzung wohl nicht für eine Behandlung gereicht. Zum Vorwurf, dass man alle Jahre wieder die gleichen Budgetpostulate bringe, ist er der Ansicht, dass dies legitim sei. Ausserdem habe man dieses Jahr die Postulate nochmals bringen müssen, da die Motionen seit dem Mai 2005 hängig und noch nicht behandelt worden seien. Vor einem Jahr habe es immerhin einen Stichtentscheid gebraucht, um das Postulat durchzubringen. Also sei doch die Hälfte des Rates für die Einsparungen gewesen. Ausserdem gehe es hier nicht nur um ein „paar Fränkli“. Er beruft sich hier auf das Fest Pfullendorf im Jahr 2004 (20 Jahre Partnerschaft Allschwil/Pfullendorf, Anm. des Protokollführers). Dort habe es eine Budgetüberschreitung von 124,8 % gegeben. Das Ganze sei nicht durchdacht. Der Vorschlag der FDP sei daher gar nicht schlecht. Ausserdem sei die Idee der Partnerschaft ein Relikt aus vergangenen Zeiten. Die zwei Partnerschaften brauche es aus Sicht der Gemeinde nicht mehr. Wenn man wirklich ein Projekt aufziehen möchte, könne man das als Einzelvorlage bringen. Seine Fraktion sei ganz klar für die Streichung beider Beträge, für Blaj und für Pfullendorf.

Abstimmung

://: Das Postulat 3613.9 wird mit 13 Ja-Stimmen zu 18 Nein-Stimmen abgelehnt.

133 07.010 Budget
 01.065 Partnerschaften; Blaj

3.1.11 Budgetpostulat von Josua Studer, SVP-Fraktion, betreffend

Pos. 300-319.00 Übriger Sachaufwand

Streichung von CHF 10'000.—(Blaj)

Geschäft 3613.10

Das Postulat 3613.10 wird gemeinsam mit dem Postulat 3613.9 beraten. Es gelten daher die gleichen Voten, siehe oben.

Abstimmung:

://: Das Postulat 3613.10 wird mit 13 Ja-Stimmen zu 19 Nein-Stimmen abgelehnt.

134 07.010 Budget
 04.092 Kulturwesen
 04.082 Gemeindegänge, Behördenanlässe

3.1.12 Budgetpostulat von Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, betreffend

Pos. 300-363 Kulturförderung, Zweckverbände

Erhöhung um CHF 20'000.--

Geschäft 3613.11

Der Postulant **Christoph Morat**, SP/EVP-Fraktion, begründet sein Postulat wie folgt: Der Antrag des Gemeinderates auf Ablehnung der zusätzlichen Fr. 20'000. —entspringt offenbar der Vorstellung, hier handle es sich um einen „Persil-Schein“ zur Verwendung des Betrages. Dem sei aber nicht so. Der Gemeinderat habe letztes Jahr vergessen, die Kosten für Festivitäten im Rahmen der Kulturförderung/Zweckverbände zu budgetieren. Dies sei in der Rechnung 2004 auch kritisiert worden. Nun würden wieder Festivitäten anstehen, zum Beispiel die Einweihung des Sportplatzes Im Brühl oder dannzumal des Begegnungszentrums. Auch wenn hier vermehrt private Vereine tätig werden sollte, entstünden Kosten. Man wisse, dass die Organisation von Festen grössere Kosten verursachen, auch wenn später ein Teil der Kosten wieder eingebracht werde. Es sei nicht mehr als Recht, für die anstehenden Feste einen Betrag, mindestens im Sinne einer Defizitgarantie, vorzusehen. Somit könnten auch die übrigen Projekte, welche jedes Jahr wiederkehren, die üblichen Mittel beanspruchen. So könne man Transparenz schaffen. Selbstverständlich müssten dem Gemeinderat aber auch hier klare Anträge eingereicht werden.

Heinz Giger, Departementsvorsteher Bildung Erziehung Kultur, gibt dem Postulanten insoweit Recht, als dass konkret Anträge auf Bezuschussung oder Finanzierung eingereicht werden müssten. Die Gemeinde Allschwil stelle jedes Jahr einen gewissen Betrag zur Förderung von Projekten zur Verfügung. Die Vereine oder Projektverantwortlichen könnten sich jeweils bis ca. Ende Mai melden und die Vergabe der einzelnen Beträge erfolge dann im Sommer. Es müsse jeweils das Projekt vorgestellt und die Kosten sowie das Mass der Eigenleistung ausgewiesen werden. Dieses Prinzip halte der Gemeinderat für gut. Man sei schon der Ansicht, dass auch die Einweihung des Begegnungszentrums unterstützt werden soll. Das Ganze müsse aber verhältnismässig sein. Ein Pauschalbetrag von Fr. 20'000. —entspreche nicht der Vorstellung des Gemeinderates. Projektbezogene Finanzierung sei verhältnismässiger.

Peter von Arx, SVP-Fraktion, ist auch der Ansicht, dass eine gewisse Reihenfolge einzuhalten sei. Es würden nächstes Jahr mehrere Aktivitäten stattfinden. Es liege in der Kompetenz des Gemeinderates, eine allfällige Defizitgarantie in der Höhe des vorliegenden Postulates zu sprechen.

Josua Studer, SVP-Fraktion, fragt sich, warum man Fr. 20'000. —für ein Fest bereitstellen solle. Immerhin würden ja auch Getränke und Esswaren verkauft werden. Das IG-Zelt und die Festgarnituren bekomme man zu günstigen Konditionen. Weiter könne er sich auch vorstellen, dass der Gemeinderat anstelle einer Defizitgarantie zum Beispiel die Infrastruktur (Zelt und Festgarnituren) zur Verfügung stelle. Dieser Posten belaufe sich auf knapp Fr. 1'000.--, nicht Fr. 20'000.--. Man habe ja auch Einnahmen durch die Restaurationsbetriebe. Die Vereine würden dies gerne übernehmen.

Für **Christoph Morat**, SP/EVP-Fraktion, hat der Gemeinderat nach wie vor die Möglichkeit, das Geld auszugeben oder nicht. Dies sei im Übrigen mit jeder Budgetposition so. Die Verantwortung trage letztlich der Gemeinderat. Der Einwohnerrat habe die Möglichkeit, dem Gemeinderat eine finanzielle Grundlage zu geben. Dies sei seine Absicht, nämlich die Zurverfügungstellung der erforderlichen Mittel.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, führt aus, dass der Gemeinderat letztes Jahr die Verantwortung für sein Handeln übernommen habe. Die Gelder für das Fest Pfullendorf seien auch nicht budgetiert gewesen, man habe nicht daran gedacht. So sei es zu einer Budgetüberschreitung gekommen. Eine Wiederholung dieser Situation wolle man dieses Jahr verhindern. Ausserdem würde zum Beispiel das Begegnungszentrum auch zur Steigerung der Attraktivität Allschwils beitragen.

Josua Studer, SVP-Fraktion, fragt sich immer noch, warum gerade Fr. 20'000. —eingestellt werden müssten. Der Betrag sei zu hoch gegriffen.

Iris Zihlmann-Glanzmann, Präsidentin, erläutert, dass die Fr. 20'000. —der gleiche Betrag sei, welcher alle zwei Jahre für den Banntag budgetiert werde.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, stellt klar: Der Gemeinderat budgetiere nach Kostenklarheit und Kostenwahrheit. Demnach sei keine einzige Budgetposition aufgeführt, bei der man nicht wisse, ob man nun das Geld brauche oder nicht. Die Ansicht von Christoph Morat könne er nicht vertreten. Der Gemeinderat möchte eben gerade nicht für allfällige Eventualitäten budgetieren, quasi in Reserve. Den Spielraum wolle der Gemeinderat nicht. Es gebe noch viele Unwägbarkeiten und Eventualitäten. Für diese habe man auch nicht vorsorglich Gelder budgetiert. Dafür gebe es im Einzelfall die gemeinderätliche Kompetenz, im Einzelfall bis zu Fr. 30'000. —zu sprechen. Dafür werde der Gemeinderat dann auch die Verantwortung gegenüber dem Einwohnerrat tragen.

Abstimmung:

://: Mit 11 Ja-Stimmen zu 22 Nein-Stimmen wird das Budgetpostulat abgelehnt.

135	07.010	Budget
	04.092	Kulturwesen

**3.1.13 Budgetpostulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend
Pos. 300-364.00 Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen
Kürzung um CHF 19'000.--** **Geschäft 3613.12**

Bruno Steiger, SD-Fraktion, führt aus, dass das partnerschaftliche Verhältnis zwischen Basel-Stadt und Basel-Landschaft für ihn nicht aufgehe. Er sieht in der Hauptsache den Kanton Basel-Stadt als Profiteur, Basel-Landschaft müsse immer zahlen. 97% der Steuerzahler würden den restlichen 3% den Theaterbesuch subventionieren. Die Theaterbesucher sollten dies selbst finanzieren. Es seien meistens nicht die Ärmsten, welche ins Theater gingen. Insgesamt zahle der Kanton Basel-Landschaft 1% vom Steuersubstrat in die Kultur von Basel-Stadt. Im Gegenzug zahle der Kanton Basel-Stadt einen „schmürzeligen“ Beitrag von 1 Million Franken an die Wasserfallen-Bahn. Es sei ein Wahnsinn, dass man soviel Geld in die Kultur von Basel-Stadt „hineinpumpe“. Er macht den Vorschlag, den zur Diskussion stehenden Betrag von Fr. 19'000. —anstatt Basel-Stadt der Wasserfallen-Bahn zukommen zu lassen.

Heinz Giger, Departementsvorsteher Bildung Erziehung Kultur, verweist auf das Kulturleitbild. Es gehe hier auch um eine gewisse Verhältnismässigkeit. Man sei bereits bei den Beiträgen für die Allschwiler Vereine und Veranstaltungen in der Region im Betrag zurückgegangen. Auch der Beitrag an Basel-Stadt sei früher viel grösser gewesen. Ausserdem sei die Kultur nicht an Klassen gebunden. Auch das Theater Basel stehe allen Menschen offen. Schülerinnen und Schüler kämen wegen den Subventionen in den Genuss verbilligter Theaterbesuche. Zum Thema Wasserfallen-Bahn könne er sich nicht äussern. Dies müsse der Einwohnerrat heute Abend entscheiden.

Basil Kröppli, SVP-Fraktion, führt aus, dass Kürzung des Budgetbetrages nicht zu Lasten der Beiträge an die GGG gehen solle. Fr. 38'000. —würden an die kulturellen Institutionen in Basel-Stadt gezahlt. Basel-Stadt gebe pro Jahr mehr als 100 Millionen Franken aus, um die Kultur zu subventionieren. Er ist der Meinung, dass sich auch Kultur im Markt bewähren müsse. Wenn man merke, dass das kulturelle Angebot nur durch Subventionen erhalten bleibe, müsse man dies korrigieren. Dann dürfe man nicht noch mehr Geld zuschiessen. Die Beträge kämen letztlich immer nur einigen wenigen Personen zu Gute.

Heinz Giger, Departementsvorsteher Bildung Erziehung Kultur, zeigt sich befremdet ob der Haltung von Basil Kröppli und zitiert nochmals aus dem Kulturleitbild. Für ihn stellt die Kultur eine wichtige Bereicherung für alle Menschen dar, egal welchen Alters oder welchen Standes.

Das Erfordernis einer Antragstellung für Ergänzungsleistungen könne für bedürftige Personen eine übermässige Schwelle darstellen, obwohl sie eigentlich Anspruch darauf hätten. Aus diesem Grunde bittet er um die Annahme des Postulates.

Arnold Julier, Departementsvorsteher Soziale Dienste, führt aus, dass für die Winterzulage der Betrag von Fr. 138'000. — budgetiert seien. Im 2004 habe man Fr. 107'670.--, im 2005 ca. Fr. 110'000.-- budgetiert. Im Februar 2004 habe man beschlossen, dass man die Auszahlungen nur auf Antrag vornimmt. Im diesem Sinne habe man auch den Betrag für das Jahr 2006 budgetiert. Das Postulat könne man ablehnen.

Abstimmung

://: Mit 15 Ja- Stimmen zu 19 Nein-Stimmen wird das Postulat abgelehnt.

138 07.010 Budget
 12.600 Öffentlicher Verkehr
 12.610 Tram

**3.1.16 Budgetpostulat von Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion,
betreffend
Pos. 620-501 Projekt Lindenplatz
Einstellung eines Betrages von CHF 50'000.-- Geschäft 3613.15**

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, zieht das Postulat zurück. Ihm leuchte die Begründung des Gemeinderates zur Ablehnungsempfehlung ein. Der Kanton Basel-Landschaft und die BVB werden wohl auch in den nächsten 2 bis 3 Jahren ihre Mittel an anderen Orten investieren (z. Bsp. Kienbergtunnel), weshalb dieses Postulat auch in den nächsten Jahren noch nicht aktuell sein wird. Er möchte aber daran erinnern, dass der Rest des Kantons irgendwann mal auf Geld warten muss, wenn man in Allschwil irgendwelche Tunnel zum Beispiel unterm Rosenberg bauen wolle um die Südumfahrung zu realisieren.

://: Das Postulat wird als erledigt durch Rückzug abgeschrieben.

139 07.010 Budget
 13.200 Umweltmassnahmen
 13.230 Ökologie

**3.1.17 Budgetpostulat von Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, betreffend
Pos. 770 Investitionen (Kto 780.318 Übriger Umweltschutz)
Einstellung eines Betrages von CHF 12'000.-- Geschäft 3613.16**

Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, erläutert, dass hier um einen einmaligen Betrag gehe. Das Geld soll verwendet werden, um den mittlerweile abgeschlossenen Bericht der IG DRB erläutert zu lassen. Der Bericht sei interpretierungsbedürftig. Dies könne nur ein Fachmann. Der Betrag sei auch fundiert abgeklärt worden, soviel würde eine Analyse und Interpretation kosten. Dies würde später dem Gemeinderat auch die Möglichkeit bieten, fundiert und sachbezogen mit der IG DRB zu verhandeln. Es gehe immerhin um die Sicherheit der Allschwiler Bevölkerung.

Sarah Lorenz, CVP-Fraktion, hat sich überlegt, dass sich der Gemeinderat einerseits für eine Gesamtanierung einsetzen solle. Insofern wäre es sicher angebracht, den Bericht von 2x 700 Seiten erläutern zu lassen. Der Preis hierfür sei auch gerechtfertigt. Andererseits fragt sie sich, was die Gemeinde wirklich bewirken könne. Ein Einfluss wäre wohl nicht sehr gross. Ausserdem könne man sich auch fragen, ob es nicht jemanden auf Seiten der Verwaltung gebe, der diesen Bericht genau studieren könne, zum Beispiel Herr Andreas Dill, Abteilungsleiter Umwelt.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, gibt zu bedenken, dass Herr Dill in seiner Abteilung allein sei. Er glaube nicht, dass Herr Dill die zwei Dossiers noch zusätzlich bearbeiten könne.

Robert Vogt, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, vertritt die Meinung des Gemeinderates. Man sei durchaus der Meinung, dass ein solcher Betrag im Budget Sinn mache. Man müsse Experten hinzuziehen, welche auf der Seite der Gemeinde Allschwil seien. Die IG DRB will ja eigentlich nicht sanieren. Darum brauche man eine stärkere Stimme.

Für **Jürg Gass**, SP/EVP-Fraktion, ist es wichtig, dass man die notwendige Fachkenntnis hat, um gegen die IG DRB zu bestehen. Die IG DRB habe auch in der Vergangenheit nicht vorbildlich zu Gunsten des Bevölkerungsschutzes gearbeitet. Daher sei es wichtig, dass der Gemeinderat effizient und sachkundig informiert für die Sanierung der Chemiemülldeponien eintrete.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, informiert darüber, dass ihm die Berichte vorliegen. Er habe sich bereits damit beschäftigt und mit Herrn Randegger diesbezüglich auch schon Gespräche geführt. Es gebe zwei mögliche Sanierungsarten. Die eine sei, den Chemiemüll auszugraben und zu entsorgen. Diese Haltung habe der Gemeinderat bisher auch immer vertreten. Die andere sei, dass man die Umweltbelastung messe und somit die Grenzwerte überwache. Sofern diese Grenzwerte durch Auswaschung der Chemielasten nicht überschritten würden, sei die Deponie „in Ordnung“. Dies sei aber „ein Spiel mit Feuer“. Die Altlasten würden aber in jedem Fall ausgewaschen werden. Es sei nur eine Frage des für die Grenzwerte relevanten Zeitraumes. Freigesetzt würden die Schadstoffe so oder so. Letztlich könne nur eine Beseitigung und fachgerechte Entsorgung der Schadstoffe die Lösung sein. Der Gemeinderat strebe eine Gesamtsanierung an. Weitere Messungen seien nicht unbedingt eine hilfreiche Massnahme.

Peter von Arx, SVP-Fraktion, erinnert daran, dass man im letzten Jahr eine Sitzung mit der Umweltkommission gehabt habe und in diesem Zusammenhang ein Dossier mit umfangreichem Zahlenmaterial erhalten habe. Diese könne man aber nicht interpretieren. Eine Interpretation durch einen Fachmann wäre in jedem Fall hilfreich, weshalb er für das Postulat sei.

Für **Dr. Guido Beretta**, FDP-Fraktion, beschäftigt man sich hier mit einem schwierigen Thema. Offenbar haben es ja auch die bisherigen Expertisen nicht geschafft, dem Einwohnerrat über die Situation Klarheit zu verschaffen. Dies sei bedenklich. Fraglich sei, ob hier eine weitere Expertise wirklich die gewünschte Klarheit und Sachkenntnis dem Einwohnerrat einbringen könne. Er erwarte von einer guten Expertise, dass am Schluss die Frage nach der Notwendigkeit einer umfassenden Gesamtsanierung zusammenfassend und schlüssig beantwortet werde. Er habe das Gefühl, dass die gesamte Thematik dem Einwohnerrat so langsam „über den Kopf wachse“.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, führt aus, dass die Fachleute, welche eingesetzt werden sollen, dem Einwohnerrat die Fachwörter in den Berichten übersetzen sollen. Wenn der Einwohnerrat nämlich nicht die Bedeutung der Fachbegriffe in den Gutachten kenne, könne er auch nicht darüber entscheiden, ob die Deponie total saniert werden soll oder nicht. Dies sei die Absicht des Postulates, nämlich mit dem bereitgestellten Geld eine solche „Übersetzung“ zu finanzieren.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion, vergleicht die Situation mit einem Arztbericht. Auch dort sei es wichtig, sich den Bericht erläutern zu lassen um zu verstehen, wie die Situation ist und um beurteilen zu können, welche Massnahme notwendig ist. Für sie sei es dringend notwendig, das Postulat zu überweisen.

Abstimmung

://: Das Postulat 3613.16 wird mit 23 Ja-Stimmen zu 8 Nein-Stimmen überwiesen.

140 07.010 Budget
 11.210 Liegenschaften; Baulicher Unterhalt

**3.1.18 Budgetpostulat von Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion,
betreffend Pos. 942-314.04
Erhöhung um CHF 7'000.--**

Geschäft 3613.17

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, begründet ihr Postulat wie folgt: In der Bauernstube des Restaurants „Mühle“ seien die Lampen über den Tischen stark veraltet und unansehnlich. Von einem guten Restaurant erwarte man aber, dass das Erscheinungsbild gepflegt sei. Die Beleuchtung und das Mobiliar stünden im Eigentum der Gemeinde, so sei es nicht Sache des Pächters, dies zu ersetzen. Eine neue Beleuchtung koste ca. Fr. 7'000.--. Bei einer durchschnittlichen Lebensdauer von 20 Jahren reduziere sich die Investition auf Fr. 350. —pro Jahr. Der Pächter der Mühle zahle der Gemeinde pro Jahr einen Pachtzins von Fr. 93'000.--. Dies sei kein „Pappenstiel“ und müsse auch zuerst erwirtschaftet werden. Das Restaurant sei ein schönes und stattliches Riegelgebäude, welches sich auch innen schön präsentieren solle.

Verena Meschberger, Präsidentin FiReKo, kommentiert die Stellungnahme der Kommission zu diesem Postulat. Zum Zeitpunkt der Beschlussfassung hätten massgebliche Informationen über die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten betreffend Beleuchtung gefehlt. Nach Auskunft der Liegenschaftsverwaltung der Gemeinde Allschwil sei es aber so, dass jedes Jahr grosse Investitionen für die „Mühle“ getätigt würden. Diese würden auch immer mit dem Pächter abgesprochen. Der Pächter habe den Wunsch geäußert, dass andere Investitionen prioritär behandelt werden sollten. Ausserdem wäre es sinnvoller, die gesamte Bauernstube zu renovieren und in diesem Zusammenhang dann auch die Lampen zu ersetzen. Dies werde aber in Absprache mit dem Pächter zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Für **Bruno Steiger**, SD-Fraktion, ist das Restaurant „Mühle“ schon immer ein unrentables Geschäft für die Gemeinde gewesen. Es sei nicht die Aufgabe einer Gemeinde, eine Gastwirtschaft zu führen. Das Objekt hätte man schon lange verkaufen sollen. Für die Exekutive sei es immer interessant gewesen. Man gehe dort gerne mal einen guten Tropfen trinken und etwas Gutes essen. Dies könne aber nicht das A und O sein. Er bevorzuge „Wurst und Brot“ und könne sich dafür aber seine Gesellschaft aussuchen. Man zahle schon genug für die Mühle, das Postulat sei daher abzulehnen.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion, vergewissert sich bei der Postulantin, dass die Lampenkabel sicherheitstechnisch aber noch in Ordnung sind. Es gehe hier nur um die Ästhetik. Handlungsbedarf wäre, wenn es um die Sicherheit ginge.

Abstimmung

://: Das Postulat 3613.17 wird mit 6 Ja-Stimmen zu 21 Nein-Stimmen abgelehnt.

141 07.010 Budget

3.2 DETAILBERATUNG

Nicole Nüssli-Kaiser, Departementsvorsteherin Finanzen, gibt nach Abschluss der Postulatsberatungen den Zwischenstand des bereinigten Budgets wieder: Der aktuelle Überschuss belaufe sich auf Fr. 261'370.--.

DETAILBERATUNG

Susanne Studer, 2. Vizepräsidentin, verliest das Budget kapitelweise.

Kapitel 0 bis 1
KEINE WORTBEGEHREN

Kapitel 2, Bildung, Seite 19

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, möchte folgendes wissen: Man habe heute im Landrat beschlossen, dass die Gemeinden mit eigenem schulpsychologischem Dienst vom Kanton mit einem höheren Betrag entschädigt werden. Gleichzeitig habe man aber auch gesagt, dass die Rückerstattung an die Gemeinden für die Inanspruchnahme des schulpsychologischen Dienstes nicht erfolgen werde. Wie wirken sich diese Massnahme auf das Budget aus? Er finde keine entsprechende Position im Budget.

Nicole Nüssli-Kaiser, Departementsvorsteherin Finanzen, klärt diese Frage ab.

Seite 25 Kultur und Freizeit
bis
Seite 36 Kapitel 6 „Verkehr“

KEINE WORTMELDUNGEN

Seite 38 Kapitel 7 Umwelt und Raumplanung

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, fragt zu Position 770 (S. 42), für was hier Fr. 3'000. — eingesetzt seien.

Nicole Nüssli-Kaiser, Departementsvorsteherin Finanzen, erläutert, dass Fr. 1'500. —für Kommissionen eingesetzt seien und Fr. 1'500. —für den Amphibienweiher am Mühlerain.

Seite 38 Kapitel 70 Wasserversorgung
bis
Ende Budget

KEINE WORTMELDUNGEN

Anträge des Gemeinderates

Der Voranschlag für das Jahr 2006 wird genehmigt.

Mit 33 Ja-Stimmen zu 1-Nein-Stimme genehmigt.

Budgetpostulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion.

Für **Bruno Steiger**, SD-Fraktion, ist eine Steuersenkung dringend notwendig, um Allschwil für gute Steuerzahler wieder attraktiv zu machen. Der Steuerfuss von 58% sei kontraproduktiv. Im Vergleich der Wohnortattraktivität mit unseren Gemeindegemeinden hätte Allschwil einen bis zu 10% höheren Steuerfuss. Ausserdem habe eine Steuersenkung auch einen erzieherischen Aspekt. Sowohl der Gemeinderat als auch der Einwohnerrat lege eine ungebremsste Ausgabefreude an den Tag. Man müsse das Geld kürzen, um fragwürdige Investitionen und neue Verschuldungen zu verhindern.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion, präsentiert eine Folie, auf welcher dargestellt wird, dass die von Bruno Steiger, SD-Fraktion, eingereichten Postulate ein Sparpotential von rund Fr.

164'000. —aufweisen, sofern sie alle angenommen worden wären. Gleichzeitig fordere er eine Einsparung bei den Einnahmen von Fr. 1'250'000.--. Also schlage Bruno Steiger vor, dass die Gemeinde sich jährlich um ca. Fr. 1'000'000. —zusätzlich verschulden solle. Offenbar wisse er nicht, wo man konkret sparen könne, sonst hätte er die entsprechenden Vorschläge heute abend gemacht. Er schiebt den „schwarzen Peter“ damit dem Gemeinderat zu. Die SP/EVP-Fraktion sei bereit, sich auf die Diskussion einzulassen, wenn konkrete und machbare Sparvorschläge vorlägen. Dann könne man auch die Steuerbelastung senken. Einnahmen und Ausgaben müssten übereinstimmen. Für seine Fraktion sei ganz klar, dass der Steuerfuss bleiben müsse, bis man konkrete Sparvorschläge habe. Erst wenn man genau wisse, was einen erwalte, zum Beispiel schlecht beleuchtete Strassen, eingeschränkter Winterdienst etc., könne man darüber abstimmen.

Verena Meschberger, SP/EVP-Fraktion, schliesst sich den Ausführungen von Thomas Pfaff an. Bei einer Senkung des Steuerfusses gehe es nicht nur um eine zusätzliche Verschuldung, es gehe auch darum, dass man einen Bilanzfehlbetrag ausweise. Dieser sei gesetzlich nicht zulässig. Ein Bilanzfehlbetrag müsse innerhalb eines gewissen Zeitraumes wieder abgeschrieben werden. Spätestens im Budget 2007 wirke sich dies dann wieder negativ aus.

Nicole Nüssli-Kaiser, Departementsvorsteherin Finanzen, bestätigt, dass das Steuerpostulat zu einem Defizit von rund 1 Million Franken führe. Dies könne der Gemeinderat nicht verantworten. Mit dieser Zusatzverschuldung würde man den Weg in Richtung einer gesunden Finanzstruktur und ausgeglichenen Rechnung verlassen. Es wäre nicht mehr möglich, Eigenkapital aufzubauen. Die Fremdverschuldung könne ebenfalls nicht reduziert werden.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, erwidert, dass man sehr wohl konkrete Sparvorschläge gemacht habe. Fragwürdige Investitionen müssten verhindert werden. Ohne die flächendeckenden Tempo-30-Zonen und das Begegnungszentrum ginge seine Rechnung auf. Man müsse halt etwas Phantasie und Willen an den Tag legen.

Verena Meschberger, Kommissionspräsidentin, differenziert. Es gehe hier doch um die laufende Rechnung. Das Begegnungszentrum sei aber eine Investition und damit vor allem in der Investitionsrechnung zu berücksichtigen. Dies seien doch zwei paar Schuhe.

142	07.010	Budget
	07.100	Steuerwesen

3.2.1 Voranschlag der Einwohnerkasse

3.2.2 Festsetzung der Gemeindesteuern

**3.2.2.1 Budgetpostulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion,
betreffend Voranschlag 2006 der Einwohnerkasse
(Festsetzung des Steuerfusses für die Natürlichen Personen)
Festlegung auf 56% der Staatssteuer** **Geschäft 3613.18**

://:

- 1. Der Voranschlag der Einwohnerkasse für das Jahr 2006 wird mit 33:1 Stimmen genehmigt.**
- 2. Das Budgetpostulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betr. Voranschlag 2006 der Einwohnerkasse (Festsetzung des Steuerfusses für die Natürlichen Personen), Festlegung auf 56% der Staatssteuer, wird abgelehnt mit 2:31 Stimmen.**
- 3. Die Gemeindesteuern werden wie folgt festgelegt:**

Die Festsetzung des Gemeinde-Steuerfusses für natürliche Personen wird mit 31:2 Stimmen auf 58 % der Staatssteuer festgelegt.

Steuersätze für juristische Personen

Kapitalgesellschaften/Genossenschaften Ertrag 5.0%
Kapital 5.0‰

mit 31:1 Stimmen.

Vereine, Stiftungen, übrige juristische Personen Ertrag 58% der Staatssteuer
Kapital 5.0‰

mit 31:2 Stimmen.

Holdinggesellschaften a) Liegenschafts-
Nettoertrag 58% der Staatssteuer

b) von ausländ.
quellenbest.
Einkommen 5.0%

c) Kapital 0.25‰

mit 31:0 Stimmen.

Domizilgesellschaften Kapital 1.0‰

mit 31:0 Stimmen.

4.

143 07.010 Budget
07.151 Feuerwehrsteuer
12.440 Wasserversorgung; Rechnungswesen

3.2.3 Festsetzung der Feuerwehrsteuer pro 2006

3.2.4 Festsetzung des Wasserverkaufspreises pro 2006

Die Festsetzung der **Feuerwehrsteuer** pro 2006 auf 6% wird **mit 32:0 Stimmen beschlossen.**

Die Festsetzung des **Wasserverkaufspreises** pro 2006 auf CHF 1.30 pro m³ zuzüglich 2.4% MWST aufgrund des effektiven Verbrauchs wird **mit 32:0 Stimmen beschlossen.**

144 01.040 Gemeinderat
01.032.002 Finanz- und Rechnungsprüfungskommission

4. Berichte des Gemeinderates vom 02.11.2005 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 25.11.2005 betreffend Kenntnisnahme von der Finanzplanung der Einwohnerkasse über die Jahre 2006 – 2011 Geschäft 3614 / A

Nicole Nüssli-Kaiser, Departementsvorsteherin Finanzen, stellt den Finanzplan für das Jahr 2006 – 2011 vor. Es handle sich um ein vielseitiges Planungsinstrument des Gemeinderates. Für den Gemeinderat stelle der Finanzplan die geplante finanzielle Entwicklung der Gemeinde in den nächsten fünf Jahren dar. Er sei aber auch ein Führungs- und Kontrollsystem.

Andererseits sei der Finanzplan gegenüber dem Einwohnerrat aber auch ein ganz wichtiges Kommunikationsmittel für den Gemeinderat, um die finanzielle Entwicklung darzustellen. Für den Einwohnerrat bedeute dies aber auch, ebenfalls politische Verantwortung für die finanzielle Entwicklung der Gemeinde wahrzunehmen. Dies bedeute, dass der Einwohnerrat dann einschreiten solle, wenn er feststelle, dass sich die Gemeinde von den Plänen immer weiter entferne und in eine andere Richtung entwickle. Da der Finanzplan für den Gemeinderat ein wichtiges Instrument sei, werde er künftig bei Vorstössen des Einwohnerrates oder Projekten vermehrt herangezogen und die finanziellen Auswirkungen auf die Planung aufzeigen. Bei der Ausarbeitung des Finanzplanes 2006-2011 sei der Gemeinderat wieder von den strategischen Zielen ausgegangen. Diese müssten immer berücksichtigt werden. In einem zweiten Schritt sei die Planungsbasis festgelegt worden und in einem dritten Schritt habe man die konkreten Innen- und Ausseneinflüsse berücksichtigt. Eine gesunde Finanzstruktur sei für den Gemeinderat besonders wichtig. Eine weitere Zunahme der Fremdverschuldung müsse man verhindern. Daher habe man eine Schuldenbremse eingeführt, das heisst, die maximale Gesamtfremdverschuldung dürfe höchstens einen Jahresumsatz betragen. Das Fremdkapital müsse man daher reduzieren. Geplant sei eine Reduktion der Verschuldung um 6 Millionen und gleichzeitig eine Erhöhung des Eigenkapitals um 6 Millionen. Der Sachaufwandplafon solle sich auf 8,3 Millionen beschränken. Dies solle für die ganze Planungsphase 2007 bis 2011 gelten. Die Nettoinvestitionssumme sei für die nächsten fünf Jahre auf maximal 30.1 Millionen festgelegt worden. Die Sparmassnahmen im Personalbereich und im Bereich der Beitragskonti sollen weitergeführt werden. Der Steuersatz solle bis ins Jahr 2010 für die natürlichen und die juristischen Personen unverändert bleiben.

Der Finanzplan beruhe auf dem Voranschlag 2006. Der Gemeinderat rechne mit einer steigenden Einwohnerzahl durch Zuzüger aufgrund der verschiedenen, zum Teil bereits realisierten Überbauungen. Die Teuerung sei auf 1 – 2 %, der Anstieg des Personalaufwands auf 1% p.a. festgelegt worden. Der Gemeinderat rechne mit einem Passivzinssatz von 3.5 % bis ins Jahr 2008, danach gehe er von einem Anstieg auf 4 % aus. Die Ertrags- und Sparmassnahmen sollen weitergeführt werden. Im Finanzplan seien berücksichtigt worden: die Erweiterung des Alterszentrums ab 2007 und die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen, die ab 2007 im Zusammenhang mit dem Bachgrabenpark anfallenden Baurechtszinse, der Buchgewinn durch den Verkauf eines Teils der Grundstücke für die Überbauung Rosenrain im Jahr 2007, die Steuererträge aufgrund der neuen Zuzüger, sowie die Unterhaltszahlungen für Sekundarschulbauten und ehemalige Realschulbauten. Nicht berücksichtigt worden seien der höhere Personalaufwand aufgrund der Einführung von Blockzeiten in den Kindergärten sowie die allfälligen finanziellen Auswirkungen der Generellen Aufgabenprüfung (GAP), da hier die nötigen Angaben fehlen.

Anhand einer „Slide“ (Folie) wird die Entwicklung der laufenden Rechnung aufgezeigt. In den nächsten 5 Jahren könne jedes Jahr mit Ertragsüberschüssen gerechnet werden.

Einschliesslich der Abschreibungen resultiere eine Selbstfinanzierung, die parallel zu den Ertragsüberschüssen ansteige. In Zukunft können so Kosten der laufenden Rechnung mit eigenen Mitteln finanziert werden. Im Vergleich zur Strategie 2004 sei der Ertrag in den Jahren 2006 bis 2008 höher als ursprünglich budgetiert. Ab 2009 würden die ursprünglich geplanten Ertragsüberschüsse jedoch nicht mehr erreicht.

Der Investitionsplan 2007-2011 sehe folgende Nettoinvestitionen vor: 2006: 8.7 Mio, 2007: 7 Mio, 2008: 5.7 Mio, 2009: 3.5 Mio, 2010: 4.9 Mio, 2011: 8.7 Mio. Hauptsächlich seien Investitionen geplant für das Feuerwehrmagazin, für das Begegnungszentrum Robinsonspielplatz, für die Sportanlage im Brühl, für den Umbau des Alterszentrums und für verschiedene andere Projekte. Der Finanzplan sehe im Vergleich zur Strategie 2004 in den Jahren 2006 und 2007 weniger Investitionen vor, als ursprünglich geplant. Danach nehmen die geplanten Investitionen im Vergleich zur Strategie etwas zu, um danach wieder etwas abzufallen. Der Gemeinderat habe das Anliegen der Fireko aufgenommen, mit den Nettoinvestitionen nicht, wie ursprünglich in der Strategie 2004 geplant, in den Jahren 2008 und 2009 zu stark abzufallen.

Das Fremdkapital solle 2006 CHF 63 Mio. betragen, 2007 CHF 65 Mio. 2008 CHF 66.8 Mio. und später wieder weniger. Ziel sei, dass der Jahresumsatz jeweils das Fremdkapital übersteige. Dieses Ziel sei für das Jahr 2006 und auch für die nachfolgenden Jahre erreicht. Im Vergleich zur ursprünglichen Strategie sei das Fremdkapital gemäss Finanzplan wesentlich kleiner. Das

ursprüngliche Ziel, das Fremdkapital um 6 Mio. zu senken, könne zwar nicht erreicht werden. Das Endziel, das Fremdkapital auf eine erträgliche Situation zu senken, sei aber klar erreicht worden.

Das Ziel, im Jahre 2010 CHF 6 Mio. Eigenkapital zu erlangen, werde erreicht. Pro Jahr könne jeweils wesentlich mehr Eigenkapital aufgebaut werden, als ursprünglich in der Strategie 2004 geplant. Der Gemeinderat habe damit die Ziele eines ausgeglichenen Haushalts und einer gesunden Finanzstruktur klar erreicht. Nicole Nüssli bedankt sich bei der Fireko für die intensive Bearbeitung des Budgets 2006 und des Finanzplans 2007 – 2011. Die Fireko habe festgestellt, dass der Finanzplan ausgewogen und realistisch sei und dass der Steuerfuss bis mindestens bis ins Jahr 2010 nicht reduziert werden solle.

Die letzten Jahre seien für die Gemeinde Allschwil schwierig gewesen. Insbesondere das Jahre 2001 habe ein Defizit von CHF 2.5 Mio mit sich gebracht. Ebenfalls habe das Eigenkapital massiv abgenommen. 1990 habe das Eigenkapital noch CHF 12.8 Mio betragen und sei im Jahre 2002 auf CHF 133.- heruntergewirtschaftet worden. Dies solle nicht wieder vorkommen, da in einer solchen Situation gar keine Investitionen mehr getätigt werden können.

Es sei deshalb wichtig, dass der Finanzplan 2007 – 2011 die genannten Zahlen vorsehe. Im Jahre 2005 sehe das Budget noch ein leichtes Defizit vor. Das Rechnungsergebnis deute jedoch auf einen knappen Überschuss hin. Ab 2006 solle es dann aufwärts gehen. Nicole Nüssli-Kaiser bittet abschliessend, vom Finanzplan 2007 – 2011 Kenntnis zu nehmen.

Verena Meschberger, Präsidentin Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, bedankt sich für die sachgerechte Behandlung und Überweisung bzw. Rückweisung der Budgetpostulate an der letzten Einwohnerratssitzung sowie für die Genehmigung des Budgets, das einen gleich bleibenden Steuerfuss vorsieht und erstmals wieder einen Überschuss ermöglicht. Die Gemeinde Allschwil sei eine der wenigen Gemeinden, die ein Budget mit einem Überschuss präsentieren könne. Verena Meschberger ist überzeugt, dass die Strategieziele des Gemeinderates über längere Zeit strikt eingehalten werden müssen. Der Finanzplan verfolge diese Strategie strikt weiter. Das habe sich bewährt, wie man an den Zahlen erkennen könne. Dieses Resultat sei vor allem den Bemühungen des Gemeinderates mit der Unterstützung durch die Finanzabteilung zu verdanken. Dies insbesondere, wenn man auch Details des Finanzplans näher betrachte. So zum Beispiel, wie relevant das Verschieben einer Investition von einem auf das andere Jahr in Bezug auf die laufende und die darauf folgenden Rechnungen sei. Die Fireko sei sehr dankbar, dass der Gemeinderat ihre Wünsche aufgenommen habe und bedanke sich für die angeregten Diskussionen mit dem Gemeindepräsidenten Dr. Anton Lauber und der Departementsvorsteherin Nicole Nüssli. Aufgrund der ausführlichen Erläuterungen über den Finanzplan, verzichtet Verena Meschberger auf weitere Details. Sie betont, dass die Ausführungen von Nicole Nüssli den Zweck der Wünsche der FiReKo klar aufgezeigt habe. Es solle von den stetigen Schwankungen des Eigenkapitalaufbaus, der Fremdverschuldung und auch des Selbstfinanzierungsplans und allen anderen Kennzahlen wegkommen werden. Weiter betont Verena Meschberger, dass der Finanzplan auf dem heutigen Wissensstand beruhe und dementsprechend für die nächsten fünf Jahre realistisch sei. Jede Änderung werde Auswirkungen haben. Sie weist insbesondere auf die späte Platzierung der Bauvorhaben Renovation Bettenackerschulhaus und Turn- und Konzerthalle Gartenstrasse hin. Der Finanzplan solle solche Renovationen erst dann berücksichtigen, wenn das Konzept genehmigt sei. Das müsse und könne man von einem guten Führungsinstrument erwarten. Der vorliegende Finanzplan habe auf Wunsch der Fireko Änderungen erfahren. Die Fireko sei im Moment daran, eine Aufstellung der Erwartungen an einen Finanzplan auszuarbeiten. Verena Meschberger bedankt sich herzlich bei den Kolleginnen und Kollegen der Fireko und dem Revisor Hanspeter Frischknecht für die Unterstützung bei den Bemühungen um einen aussagekräftigen und leicht lesbaren Finanzplan, der den verschiedensten Ansprüchen zu genügen vermöge. Es sei nicht einfach für die Fireko, sich nebst den Prüfungsaufgaben auch mit theoretischen Fragen wie Anforderungen an den Finanzplan oder neu mit der Prüfung der Kostenrechnung zu beschäftigen. Verena Meschberger schliesst ihre Ausführungen mit der Bitte, dem Antrag des Gemeinderates Folge zu leisten und den Finanzplan 2007 – 2011 zur Kenntnis zu nehmen.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, bringt vor, dass der Finanzplan nicht bei allen auf so grosses Lob und Zustimmung stosse. Er warnt davor, dass die Schuldzinsen nicht immer so günstig sein werden und dass die Bankzinsen eines Tages explodieren werden. Es mache ihm Sorge, dass so langfristig nicht geplant werden kann. Auch die Einnahmen können nicht vorausgesehen werden. Wenn die Konjunktur und die Arbeitsmarktsituation schlechter werden, können die geplanten Einnahmen nicht gemacht werden. Ohne Geld würden die Leute auch keine teuren Wohnungen mieten. Der „hundsmiserabel“ hohe Steuerfuss der Gemeinde Allschwil, der bis 2011 unverändert bleiben solle, stelle ein Handicap dar. Wenn die Zinsen teuer werden, können die Versprechungen, dass der Steuerfuss 2011 gesenkt werden soll, nicht eingehalten werden. Dann müsse der Steuerfuss erhöht werden. Die SD-Fraktion sei nicht glücklich über den Finanzplan und nehme ihn ganz ohne Begeisterung zur Kenntnis, da eine Rückweisung gar nicht möglich sei.

Abstimmung Eintreten:

://: Der Eintretensfrage wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Peter Humbel-Schiess, SP/EVP-Fraktion, erklärt, dass der Finanzplan für ihn und seine Fraktion ein strategisches Führungs- und Planungsinstrument des Gemeinderats wie auch des Parlaments sei. Die Aussagekraft des Finanzplans habe sich im Vergleich zu den vergangenen Jahren erheblich verbessert oder zumindest gewandelt. Die Gründe dafür seien zuvor eingehend erläutert worden. Die verbesserte Aussagekraft sei aber auch das Ergebnis von diversen Voten aus Einwohnerrat. Die Fireko werde zusammen mit dem Gemeinderat daran arbeiten, dass der Finanzplan eine realitätsnahe Genauigkeit aufweist. Hierbei sei jedoch zu beachten, dass äussere Einflüsse, die nicht voraussehbar sind (wie Finanzmarkt, Wirtschaftslage etc.) die Aussagekraft des Finanzplans rasch beeinträchtigen können. Seine Fraktion stehe mehrheitlich hinter dem Finanzplan und nehme ihn in dieser Form zur Kenntnis.

Kurt Kneier-Rehmann, CVP-Fraktion, bringt zum Ausdruck, dass ein langfristiger, gesunder Finanzhaushalt zur Attraktivität einer politischen Gemeinde gehöre. Die Finanzstrategie und alle von Gemeinderätin Nicole Nüssli erläuterten Annahmen haben das Ziel, auch in Zukunft einen gesunden Finanzhaushalt anzustreben. Die CVP-Fraktion nehme den Finanzplan zustimmend zur Kenntnis. Speziell möchte die CVP-Fraktion hervorheben, dass der Gemeinderat und die Verwaltung mit der Erarbeitung des Finanzplans eine grosse Arbeit auf sich genommen habe, obwohl es sich beim Finanzplan nur um eine Momentaufnahme handle, die schon im nächsten Jahr so nicht mehr stimme. Sie möchte dem Gemeinderat und der Verwaltung, hauptsächlich der Hauptabteilung Rechnungswesen und Controlling, ein grosses Lob für diese hervorragende Arbeit aussprechen.

Verena Meschberger, Präsidentin Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, möchte Bruno Steiger entgegnen, dass sie mindestens zwei bis drei Mal betont habe, dass der Finanzplan auf dem heutigen Kenntnisstand basiere. Es sei logisch, dass im Moment, in dem sich eine der Voraussetzungen des Finanzplans verändert, wie z.B. ansteigende Zinsen auf die Fremdverschuldung, der Finanzplan angepasst werden müsse. Diese Anpassung finde ohnehin statt. Der Einwohnerrat hat schon nächsten Juni wieder die Möglichkeit, zu einem angepassten Finanzplan Stellung zu nehmen. Die Kritik, dass man nicht von gleich bleibenden Umständen ausgehen könne, erübrige sich somit.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion, führt aus, dass den Ausführungen von Gemeinderätin Nicole Nüssli habe entnommen werden können, dass das Eigenkapital stetig ausgebaut werde, auf der anderen Seite könne die Fremdverschuldung ab 2008 abgebaut werden. Dies deute auf gute Nachrichten hin. Man müsse jedoch beachten, dass zwar eine Erhöhung des Eigenkapitals vorgesehen sei, gleichzeitig nehme jedoch die Verschuldung sowohl kurzfristig wie auch langfristig zu. In den nächsten 5 Jahren nehme die Verschuldung um 1 Mio zu. Dies sei grundsätzlich bedenklich.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, bringt zum Ausdruck, dass aus den geplanten Investitionen die unterschiedliche Gewichtung der verschiedenen Bereiche durch den Gemeinderat

hervorgehen. Wenn man den Bereich Verkehr mit dem Bereich Umwelt und Raumplanung auf Seite 4 des Finanzplans vergleiche, so entstehe der Eindruck, dass dem Gemeinderat das Auto und der Verkehr doppelt so wichtig sei wie eine intakte Natur. Dies sei bedenklich.

Alice Märky-Schällibaum, FDP-Fraktion, bedankt sich für die Ausarbeitung des Finanzplans und die grossartige Zusammenarbeit mit Nicole Nüssli und der Fireko. Das Meiste sei schon gesagt worden. Der Finanzplan werde sich natürlich verändern, wenn etwas Unerwartetes eintritt. Der Finanzplan werde durch die FDP-Fraktion zur Kenntnis genommen.

Peter Von Arx, SVP-Fraktion, betont, dass eine schwierige Situation mit vielen Diskussionen vorgelegen habe und er möchte die Zusammenarbeit mit der Fireko und den entsprechenden Behörden loben. Dass der Finanzplan Mängel aufweise, sei bekannt. Es sei kein Platz vorhanden und, wie Thomas Pfaff schon gesagt habe, liege eine gewisse Fremdverschuldung und eine dementsprechende Mehrbelastung vor. Das Ziel der gesamten Strategie solle die Schuldenreduzierung sein. Hier fehle es ihm in der Strategie an der nötigen Basis, wie dieses Ziel verwirklicht werden solle. Man habe in den letzten 12 Jahren viele Schulden gemacht. Damit müsse man jetzt leben. Die SVP-Fraktion nehme den Finanzplan zur Kenntnis.

Jean-Jacques Winter-Bitterli, SP/EVP-Fraktion, möchte den Finanzplan politisch betrachten. Der Sachaufwand werde plafoniert. Alle möchten, dass die Sicherheit in Allschwil erhalten bleibe. Es gehe um den Erhalt der Infrastruktur, den Erhalt der Wohnlichkeit und den Erhalt des Zuzügeranreizes. Es werde jedoch nicht plafoniert, sondern minimiert. Die Teuerung sei nirgends dabei. Politisch gesehen, gehöre die Teuerung jedoch in einen Finanzplan. Wenn die Teuerung fehle, würde dies auf 10 Jahre mindestens 10 % ausmachen. Ihn interessiere die Meinung des Einwohnerrats dazu, dass die Teuerung im Finanzplan nicht berücksichtigt werde. Dies sei eine Anregung an das Parlament, an den Gemeinderat und an die Verwaltung.

Hanspeter Frey-Rieder, FDP-Fraktion, stellt die Frage, warum auf Seite 3 des Finanzplanes bei der Zusammenstellung der Sachbereiche bei Nr. 42, Vermögenserträge, im Jahr 2007 2.75 Mio Franken vorgesehen sind. Dies ist das Doppelte im Vergleich zu allen anderen Jahren. Ebenfalls seien bei Nr. 48, Entnahme aus Spezialfinanzierungen, 789 Mio Franken vorgesehen. Dies ist fast 1/3 mehr als in den anderen Jahren. Er fragt, ob diese Mehrerträge wirklich alle aus dem Landverkauf im Rosenbergrain stamme?

Nicole Nüssli, erklärt, dass dieser Mehrertrag aus dem Verkauf eines Teils der Liegenschaft Rosenbergrain stamme.

Abstimmung:

://: Von der Finanzplanung der Einwohnerkasse, Geschäft Nr. 3614 über die Jahre 2007 – 2011 wird grossmehrheitlich Kenntnis genommen.

145 01.032.003 Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen
 12.200 Freizeit/Sport/Grünanlagen; Planung und Bau

**5. Bericht der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen
vom 17.11.2005
betreffend Friedhof, Verpflichtungskredite für Urnennischenwand,
Gemeinschaftsgrab und Urnengrab im Hain Geschäft 3622 A**

Iris Zihlmann-Glanzmann, Einwohnerratspräsidentin, erklärt das Vorgehen. Die Abstimmung folge dem dreiteiligen Aufbau des Berichtes der VPK. Nach der Beratung jedes Teiles erfolge die Abstimmung über den betreffenden Teil.

1. Teil

Dr. Guido Beretta-Sohm, Präsident VPK, erläutert den Bericht der VPK. Es sei dringend, dass auf dem Friedhof Allschwil etwas geschehe. In der Urnennischenwand des Friedhofs habe es keine freien Nischen mehr. Alles sei belegt. Man habe angefangen, Urnennischen im Boden zu errichten, was jedoch aufgrund der damit verbundenen Nachteile nicht sehr beliebt sei. Einige Personen seien auch provisorisch dort begraben worden. Diese Gräber sollen später in die Urnennischenwand transferiert werden. Ein zweites, dringendes Problem stelle das Gemeinschaftsgrab dar. Dort habe es vor 14 Tagen nur noch 4 Möglichkeiten gegeben, jemanden zu begraben. Eventuell habe es im jetzigen Zeitpunkt gar keinen freien Platz mehr. Dieser Zustand könne nicht andauern, weshalb die Angelegenheit als dringlich behandelt werden müsse. Die vorliegenden Zahlen stammen aus einer Richtofferte. Dies bedeute, dass diese Zahlen noch kleineren Schwankungen unterliegen können. Es sei überall mit +/- 10% Genauigkeit gerechnet worden. Dies entspreche den Vorgaben des Gemeinderats, damit keine finanziellen Überraschungen entstehen können. Weiter bestehe heute der Trend, die Angehörigen in der Urnennischenwand oder im Gemeinschaftsgrab zu begraben. Im Teil 1 der Vorlage des Gemeinderats sei die Erstellung einer Urnennischenwand vorgesehen. Der Gemeinderat schlage die Bewilligung eines Verpflichtungskredits von CHF 82'000.- vor. Der Bedarf einer Urnennischenwand sei unbestritten. Es sei vor zwei Monaten in der Einwohnerratssitzung bemängelt worden, dass das Honorar für das Vor- und Bauprojekt sehr hoch sei. In der Zwischenzeit sei abgeklärt worden, dass dieser Betrag problemlos um CHF 2'500.- reduziert werden könne. Ein weiteres Problem seien die im Boden vorgesehenen Urnennischen. Es seien bereits ca. 360 Bodenplatten bestellt worden. Diese Bodenplatten würden überflüssig, wenn man sich für die Urnennischenwand entscheiden würde. Die Bodenplatten hätten sich als qualitativ nicht sehr gut erwiesen. Die Gravuren hätten zum Teil auf Kosten der Gemeinde nachgearbeitet werden müssen. Ein Anpassen der Bodenplatten auf die Masse der Urnennischenwand würde sich aufgrund der schlechten Qualität nicht lohnen. Es sei besser, für die Wand neue Platten zu beschaffen. Die Bodenplatten könnten jedoch auf jeden Fall weiterverwendet werden. So z.B. als Bodenplatten für Gehwege oder man könnte die Bodenplatten verkaufen. Die VPK empfehle dem Einwohnerrat einstimmig, den Anträgen 1.1 – 1.3 der gemeinderätlichen Vorlage zuzustimmen. Es sei wirklich dringend, da sonst in diesen beiden Bereichen bald keine Ruhestätten mehr vorhanden sein werden.

Saskia Schärer, Departementsvorsteherin Einwohnerdienste/Sicherheit, bedankt sich im Namen des Gemeinderats bei der VPK. Die VPK habe das Geschäft nach der Überweisung im September ausserordentlich schnell aufgegriffen und darüber beraten. Damit sei ermöglicht worden, dass der Einwohnerrat noch in diesem Jahr über dieses Geschäft abstimmen kann. Die Dringlichkeit sei vom Vorsitzenden der VPK bereits erläutert worden. Die Dringlichkeit bestehe nur für die Urnennischenwand und das Gemeinschaftsgrab. Nicht gegeben sei die Dringlichkeit für das Urnengrab im Hain. Das Urnengrab im Hain sei in die Vorlage aufgenommen worden, weil aufgezeigt werden sollte, welche Kosten in nächster Zeit auf die Gemeinde zukommen können und weil das Urnengrab im Hain im Reglement genannt sei und es deshalb auch in Wirklichkeit bestehen sollte. Der Mehrbetrag von CHF 21'000.- für die neuen Platten beinhalte auch schon die Beschriftung derjenigen Platten, die bereits beschriftet sind und nicht mehr gebraucht werden können.

Eintreten: nicht bestritten

Detailberatung:

Bruno Steiger, SD-Fraktion, hat gegen den ersten Teil der Vorlage nichts einzuwenden. Dies seien konventionelle Urnennischen.

Hanspeter Frey-Rieder, FDP-Fraktion, bringt zum Ausdruck, dass dieses Thema für die FDP-Fraktion unbestritten sei. Sie sei überzeugt, dass der Schritt, das Thema nochmals in die VPK zu geben, richtig gewesen sei. So habe man auch etwas von den Bodenplatten gehört. Dem Kredit für die Urnennischenwand werde die FDP-Fraktion zustimmen.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, erklärt, dass die Realisation der Urnennischenwand bei der CVP unbestritten sei, da die von der CVP kritisierten Honorarkosten um CHF 2'500.- herabgesetzt werden konnten. Die CVP wäre froh, wenn für die Bodenplatten eine nützliche Verwendung gefunden werden könnte.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion, erklärt, dass vor drei Monaten im Einwohnerrat mehrere Voten eine detaillierte Nachbearbeitung in verschiedenen Punkten verlangten. Er fragt, wo nun all diese Verbesserungen im Bericht der VPK seien. Einzig die Senkung des Betrags für die Urnennischenwand um 1% sei erreicht worden. Er sei überzeugt, dass der Gemeinderat das jedoch auch alleine hätte erreichen können. Die dreimonatige Verzögerung habe dazu geführt, dass zehn Urnen provisorisch in den Urnenbodennischen platziert wurden. Fünf Urnen würden provisorisch zu Hause aufbewahrt und zwei Urnen seien provisorisch im Erdgrab eines Verwandten bestattet worden. Im Gemeinschaftsgrab seien die letzten Plätze besetzt. Hier müsse ebenfalls gewartet werden. Es sei richtig, dass bei Zweifeln ein Rückweisungs- bzw. Überweisungsantrag gestellt werde. Das Parlament müsse jedoch verlangen, dass ein Antragsteller die Problempunkte klar aufzeigt und erklärt, warum diese Punkte nicht sofort geklärt werden können. Nur die leere Behauptung von Problemen, bei denen sich nachträglich herausstellt, dass sie gar nicht vorhanden waren, dürfe in Zukunft nicht mehr Grund für die Verzögerung eines dringenden Geschäfts führen. Die SP-Fraktion bedaure Gemeinderat Vogt, der diese „Misere“ nun ausbaden müsse, welche die FDP und CVP eingebrockt habe.

Josua M Studer., SVP-Fraktion, entgegnet Thomas Pfaff, dass es nicht so sinnlos gewesen sei, das Geschäft durch die VPK zu prüfen zu lassen, wie dies Thomas Pfaff dargestellt habe. Es seien viele Fragen aufgetaucht und viele Antworten gegeben worden. Auch Gemeinderätin Saskia Schärer habe die Überweisung an die VPK als richtig erachtet. Es habe zwei Sitzungen gebraucht, in denen die Fragen intensiv bearbeitet worden seien. Es seien auch viele zusätzliche Fragen aufgetaucht, die beantwortet werden konnten. An der Vorlage kann zwar nicht sehr viel verändert werden. Die Sachlage sei nun jedoch klar, was sehr wichtig sei. Da es keine andere Lösung im Zusammenhang mit der Wand gibt, stimmt die SVP-Fraktion dem ersten Teil zu.

Dr. Ivo Corvini, CVP-Fraktion, bringt zum Ausdruck, dass diejenigen, die im September 2005 dem Überweisungsantrag zugestimmt haben, stark kritisiert worden seien. Er erinnert daran, dass der Einwohnerrat die Verantwortung trägt, die Verpflichtungskredite zu beschliessen. Der VPK-Bericht sei massgeblich verändert worden. Der Antrag des Gemeinderats habe rund CHF 750'000.- betragen. Jetzt betrage er noch CHF 500'000.-. Dies ergebe eine Differenz von CHF 250'000.- und sei eine wichtige Veränderung. Auch bei einer dringenden Angelegenheit dürfe sich der Einwohnerrat nicht unter Druck setzen lassen. Die Vorlage sei dem Einwohnerrat auch erst Ende August 2005 vorgelegt worden. Wenn das Geschäft so dringend ist, hätte die Vorlage schon viel früher vorgelegt werden müssen. In den drei Monaten seien einige Änderungen vorgenommen worden. Der Einwohnerrat trage die Verantwortung, mit dem Geld seriös umzugehen. Dr. Ivo Corvini stellt die Frage, wie der Gemeinderat zum Antrag der VPK stehe, nur einen Verpflichtungskredit von CHF 110'000.- zu beschliessen und nicht mehr einen Kredit von CHF 360'000.-.

Sarah Lorenz, CVP-Fraktion, möchte darauf hinweisen, dass sich der Kredit nur bezüglich des Urnengrabs im Hain verringert habe. Der Kredit für die Urnennischenwand habe sich nicht verändert.

Abstimmung Teil 1:

://: 1.1 Der Verpflichtungskredit zur Erstellung einer Urnennischenwand auf dem Friedhof Allschwil in der Höhe von CHF 282'000.- inkl. MwSt wird mit 35 Ja-Stimmen bewilligt.

- 1.2 Vom Kostengenauigkeitsgrad von +/- 10% wird mit 35 Ja-Stimmen Kenntnis genommen
- 1.3 Eine allfälligen Baukostenteuerung (Stand April 2005 = 110.2 Punkte, Basis April 1998 = 100) wird mit 36 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimmen genehmigt.

2. Teil

Dr. Guido Beretta, Präsident VPK, erläutert den zweiten Teil der Vorlage, das Gemeinschaftsgrab. Anhang Nr. 5 der Vorlage zeigt eine Inschriftenplatte. Die Originalplatte werde Platz für ca. 30 Inschriften bieten. Der Bedarf wäre damit für mehrere Jahre gedeckt. Grundsätzlich habe man aber in der VPK darüber diskutiert, ob es überhaupt einer Inschriftenplatte bedürfe oder nicht. Im Gemeinschaftsgrab auf dem Friedhof Hörnli gebe es zum Beispiel keine. Weiter sei die Frage aufgetaucht, ob es überhaupt so viele Bäume brauche. Die VPK finde, es brauche die Inschriftentafeln und auch die Bäume. In diesem Fall wäre eine Zustimmung zu den Anträgen des Gemeinderates notwendig. Die VPK habe die Anträge des Gemeinderates mit nur einer Gegenstimme gutgeheissen.

Saskia Schärer, Departementsvorsteherin Einwohnerdienste & Sicherheit, hat keine weiteren Ergänzungen. Der Gemeinderat halte an den Anträgen fest. Es habe sich gezeigt, dass die Inschriften einem Bedürfnis der Bevölkerung entsprechen. Der Name müsse aber nicht graviert werden, das sei fakultativ.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, ist anderer Ansicht als die Vertreter der SP/EVP-Fraktion. Es sei richtig, dass die VPK nochmals das Geschäft beraten habe. Zum Gemeinschaftsgrab stelle die FDP-Fraktion nun einen Antrag. Man sei in seiner Fraktion eindeutig der Meinung, dass man auf die Inschriftenplatte verzichten könne. Gerade das Gemeinschaftsgrab solle ja eine gewisse Anonymität gewährleisten. Im Übrigen würde nirgends stehen, wer die Kosten der Inschrift übernehmen soll. Wenn also, wider Erwarten, die Inschriftentafeln beschlossen werden, solle auch beschlossen werden, dass die Kosten für die Inschrift zu Lasten der Hinterbliebenen gehen. Wenn die Hinterbliebenen nämlich wünschen würden, dass der Name des Verstorbenen erhalten bleiben solle, könne man auch ein Urnengrab wählen. In der Vorlage solle man also auf die Inschriftentafel verzichten. Demgemäss sei der Kredit um CHF 16'000.— zu kürzen auf einen Verpflichtungskredit von CHF 90'000.--.

Die FDP-Fraktion stellt folgende Anträge (Abschrift des schriftlichen Antrags):

Antrag 1

Der Verpflichtungskredit für die Erstellung eines Gemeinschaftsgrabes wird um CHF 16'000.— gekürzt, Kredit neu CHF 90'000.—

Neu 2.1

Für die Erstellung eines Gemeinschaftsgrabes auf dem Friedhof Allschwil wird ein Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 90'000.— inkl. MwSt 7,6 % bewilligt.

Antrag 2

Zu Antrag 3.1 -3.2

Im Bericht der VPK wird für die Erstellung eines ersten Teils des Urnengrabes im Hain auf dem Friedhof Allschwil beantragt, einen Verpflichtungskredit von CHF 110'000.— inkl. MwSt zu beschliessen.

Wir beantragen, den Beschluss über den Verpflichtungskredit von CHF 110'000.— inkl. MwSt. auszustellen, bis zum Vorliegen eines Berichtes über die Nachfrage und über die Akzeptanz dieser Bestattungsart und Grabmaltyp.

Neu 3.3

Für die bevorstehende Nachfrage- und Akzeptanzabklärung wird für die Erstellung von Modellen der 3 Urnensockeltypen (mind. 60 Stück, 3x20 Stck.) ein Kredit von CHF 5'000. — bewilligt.

Die FDP-Fraktion sei klar zur Meinung gekommen, dass man die Inschriftentafeln, wenn überhaupt, auch in anderer, kleinerer Form realisieren könne.

Saskia Schärer, Departementsvorsteherin Einwohnerdienste & Sicherheit, weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Gemeinde mit der Erstellung der Urnennischenwand sehr grosse Kosten zu tragen habe. Insgesamt könne man dies natürlich nicht gänzlich den Verstorbenen/Hinterbliebenen belasten. Im Gegensatz zum Gemeinschaftsgrab seien die Kosten um ein Vielfaches höher. Die CHF 16'000. — seien vor diesem Hintergrund zu verkraften und würden zum Gesamtkonzept dazugehören. Es geben bereits schon zwei Urnen, die vorübergehend in Gräbern von Angehörigen bestattet wurden. Diese Gräber müssten aber bald aufgelöst werden. Die Angehörigen hätten sich bereit erklärt, die Urnen später in ein Gemeinschaftsgrab umzubetten, unter der Bedingung, dass eine Inschrift möglich sei.

Peter Humbel, SP/EVP-Fraktion, ist persönlich der Ansicht, dass es eine Diskriminierung sei, denjenigen die eine Inschrift wünschten, die Möglichkeit gar nicht erst zu geben. Er könne dies nicht verstehen. Er habe den Eindruck, man wolle jetzt unbedingt etwas an der Vorlage bemängeln, um die Rückweisung in die VPK zu rechtfertigen. Man solle doch die Wünsche der Verstorbenen oder Hinterbliebenen respektieren.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, sei als Mitglied der VPK doch erstaunt, dass die FDP-Fraktion schon zum zweiten Mal, seit Hanspeter Frey nicht mehr Präsident der VPK sei, der Kommission in den Rücken falle. Es sei seitens der SP/EVP-Fraktion nie diskutiert worden, dass die Vorlage geändert werden solle. Er sei über ein solches Verhalten befremdet.

Felix Keller, CVP-Fraktion, hält fest, dass ein Gemeinschaftsgrab ohne Inschriften hinlänglich bekannt sei. In Basel heisse dieses „Grab der Namenlosen“. Dies sei ein bewusster Entscheid. Hier in Allschwil wolle man ein anderes Konzept. Es solle den Betroffenen freigestellt werden, ob sie mit oder ohne Inschrift bestattet werden. Insofern könne er der Haltung von Peter Humbel zustimmen.

Josua Studer, SVP-Fraktion, präzisiert, dass die eine Gegenstimme von ihm gekommen sei. Er halte eine Beschriftung in der Tat für überflüssig. Man solle die Menschen wahrnehmen, solange sie leben, nicht erst, wenn sie tot sind. Wenn jemand so viel Wert auf eine Beschriftung lege, könne man ja das Namensschild der Türglocke auf einen Steinblock machen. Die CHF 16'000. — könne man wirklich einsparen. Die SVP-Fraktion hält dies nicht für eine Diskriminierung und werde dem Antrag der FDP-Fraktion Folge leisten.

Für **Giulio Vögelin**, SP/EVP-Fraktion, ist das Gemeinschaftsgrab mit Inschrifttafel eine gute Lösung für diejenigen Einwohnerinnen und Einwohner, welche nur beschränkte finanzielle Mittel zur Verfügung haben.

://: Abstimmung:

Der Antrag der FDP-Fraktion:

Für die Erstellung eines Gemeinschaftsgrabes auf dem Friedhof Allschwil wird ein Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 90'000. —inkl. MwSt 7,6 % bewilligt,

wird mit **24:12** Stimmen abgelehnt.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion, erklärt namens seiner Fraktion, dass seine Fraktion für die vom Gemeinderat vorgeschlagene Variante sei. Man habe bis jetzt lediglich ca. CHF 1'500. — gespart. Auch der Antrag der FDP-Fraktion sei nicht in die Beratungen der VPK eingebracht

worden. Diesen hätte man auch an der Beratung im Einwohnerrat bringen können. Daher sei die Rückweisung des Geschäftes an die VPK überflüssig gewesen. Die drei Monate Verzögerung seien umsonst gewesen.

Josua Studer, SVP-Fraktion, ist anderer Ansicht. Man habe in der VPK viele Fragen beantworten können. Dies sei auch wichtig gewesen. Er ist ausserdem der Ansicht, dass zuviel Bäume geplant seien. Man brauche keinen Waldfriedhof. Auf dem Friedhof brauche es keine Allee, hier könne man sehr viel Geld sparen. Der einheimische Wald entwickle sich gut, zusätzliche Bäume auf dem Friedhof brauche es nicht. Weiter würde dann wieder verlangt, dass es einheimische Bäume sein müsste. Diese würden aber, gemäss Bericht im „Baslerstab“, wegen der heissen Sommer verdursten.

Anträge Gemeinderat und VPK (identisch):

://: Es wird wie folgt beschlossen:

- 2.1. Für die Erstellung eines **Gemeinschaftsgrabes** auf dem Friedhof Allschwil wird ein Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 106'000.--- inkl. MwSt. mit **26:7 Stimmen** bewilligt.
- 2.2. Vom Kostengenauigkeitsgrad von +/- 10% wird mit **30 Ja-Stimmen** Kenntnis genommen.
- 2.3. Eine allfällige Baukostenteuerung (Index April 2005 = 110.2 Punkte, Basis April 1998 = 100) wird mit **30:2 Stimmen** genehmigt.

3. Teil der Vorlage: Urnengrab im Hain

Der Präsident der Verkehrs- und Planungskommission, Dr. **Guido Beretta**, erläutert: Der grosse Trend gehe im Friedhofswesen zurzeit hin zu den Urnennischenwänden und zum Gemeinschaftsgrab. Die Akzeptanz eines Urnengrabes im Hain könne im Moment nicht abgeschätzt werden. Das geplante Feld sei unterteilt in sieben Abschnitte, diese seien nicht alle gleich gross. Die VPK habe sich gefragt, wie man das Projekt realisieren könne. Der Gemeinderat habe ursprünglich drei verschieden hohe kubische Grabmale für alle sieben Teilabschnitte vorgesehen. Weil man aber nicht überzeugt sei, dass diese Grabform durch die Bevölkerung angenommen werde, schlage die VPK vor, zunächst nur ein Feld zu realisieren und mit diesen Kuben zu bestücken. Es sei aber wichtig, dass ein ganzes Teilfeld bestückt werde, um einen optischen Eindruck der Gestaltung zu bekommen. Es sei verschiedentlich befürchtet worden, dass es eventuell wie ein Soldatenfriedhof aussehen könnte. Man habe in der VPK auch diskutiert, ob man nicht zunächst Attrappen platzieren könnte, um einen besseren Eindruck zu bekommen. Der Gemeinderat schätzt, dass alle sieben Flächen in ca. 15 Jahren belegt sein könnten. Aus diesem Grund habe man auch eine Teuerungsreserve von 10% beantragt. Der Vorschlag der VPK bestehe nun darin zunächst nur mal die grösste der sieben Teilflächen zu bestücken, was letztlich einen Kredit von CHF 110'000. — auslösen würde.

Saskia Schärer, Departementsvorsteherin Einwohnerdienste und Sicherheit, führt aus, dass mit dem Vorschlag der VPK nicht wirklich nachhaltig gespart worden sei. Im Moment werde lediglich über eine Tranche abgestimmt, betreffend der anderen werde der Gemeinderat dann zu gegebener Zeit mit einer neuen Vorlage Antrag auf Kreditfreigabe stellen. Der Gemeinderat könne sich diesem Vorgehen sehr gut anschliessen. Es ändere letztlich am Grundkonzept nichts. Man hätte ohnehin zunächst nur eine Tranche erstellt. Es sei dem Gemeinderat mit der Vorlage darum

gegangen, dem Einwohnerrat die Gesamtkosten der Neugestaltung des Friedhofs für die nächsten ca. 15 Jahre darzulegen. Am Anfang wäre ohnehin nur der Betrag für die erste Tranche ausgegeben worden.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, macht hierzu namens seiner Fraktion einen Vorschlag: Basierend auf den Beratungen vom 14.09.2005 und der Unsicherheit über die Akzeptanz dieser neuen Grabart schlage seine Fraktion vor, zunächst die Nachfrage und Akzeptanz in der Bevölkerung auszuloten. Man solle nicht voreilig einen Kredit von CHF 110'000. — sprechen ohne zu wissen, ob dieser Grabtyp überhaupt von der Bevölkerung angenommen werde. Wenn man nämlich einmal die Sockel bestellt habe, könne man diese wohl kaum anders verwenden oder zurückgeben, sollte die Nachfrage nicht gross genug sein. Es gehe hier immerhin um ca. 100 Sockel. Seine Fraktion möchte daher diesen Teil der Vorlage zunächst einmal ausstellen und stellt folgende Anträge:

Wir beantragen den Beschluss über den Verpflichtungskredit von CHF 110'000. —inkl. MwSt. auszustellen bis zum Vorliegen eines Berichtes über die Nachfrage und über die Akzeptanz dieser Bestattungsart und dieses Grabmaltyps.

Neu 3.3

Für die bevorstehende Nachfrage- und Akzeptanzabklärung wird für die Erstellung von Modellen der 3 Urnensockeltypen (mind. 60 Stück, 3x20 Stk.) ein Kredit von CHF 5'000. —bewilligt.

Es bestehe hier kein grosser Zeitdruck. Man könne also durchaus zunächst 100 Attrappen à CHF 50. — aufstellen. Dann könne man die Reaktionen der Bevölkerung aufnehmen und hätte nicht CHF 110'000. — ausgegeben.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, kann die Ausführungen der VPK unterstützen. Das Urnengrab im Hain sei umstritten. Er hält das geplante Projekt nicht nur für unschön, sondern für wüst. Man brauche keinen Militärfriedhof in Allschwil. Hanspeter Frey stelle den Kredit von CHF 110'000. — in Frage, dem könne sich seine Fraktion anschliessen. Es fehle der Gemeinde an Geld für solche Experimente.

Er wolle aber darüber hinausgehen und stellt folgenden Antrag:

Die Erstellung eines Urnengrabes im Hain ist ersatzlos zu streichen.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, will nochmals daran erinnern, dass die FDP der VPK in den Rücken falle. Dies sei schon das dritte Mal nach der Ära Frey.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion, gibt kund, dass seine Fraktion hinter dem Vorschlag der VPK stehe. Die Idee der ersten Tranche habe man an der Fraktionssitzung vom 05.09.2005 diskutiert. Dies wäre auch die Begründung an der Septembersitzung gewesen, weshalb man den dritten Teil der Vorlage abgelehnt hätte. Die VPK sei zum gleichen Ergebnis gekommen wie damals seine Fraktion. Dies sei vermutlich auf den Einfluss seiner Fraktionsmitglieder in der VPK zurückzuführen. Man sei tatsächlich erstaunt über die heutige Haltung der FDP-Fraktion. Diese Abklärungen hätte man innerhalb der VPK schon treffen können. Man habe leider die Zeit verstreichen lassen und komme jetzt erst mit einem neuen Antrag.

Saskia Schärer, Departementsvorsteherin Einwohnerdienste und Sicherheit, sieht grosse Schwierigkeiten in dem vorgeschlagenen Vorgehen. Wie wolle man die Akzeptanz der Bevölkerung prüfen? Solle man eine Befragung durchführen? Sie ist der Ansicht, dass es tatsächlich Aufgabe der VPK gewesen sei, über Modelle oder ähnliches zu diskutieren. Aber jetzt liege ein ausgewogener Vorschlag der VPK vor. Man habe so die Möglichkeit Erfahrungen zu sammeln. Ihr sei es lieber, wenn man Zweifel habe, dass man sich gegen das neue Urnengrab im Hain ausspreche. Ein zögerliches Verhalten, zum Beispiel mit einem neuerlichen Probelauf, hält sie für bedenklich.

Dr. Guido Beretta, Präsident VPK, nimmt Bezug auf das Votum von Lucius Cueni. Es bestehe kein Privatkrieg zwischen Hanspeter Frey und ihm. Die Begründung für das Vorgehen liege darin, dass man innerhalb der Fraktion das Problem à fonds erst dann diskutiere, wenn das jeweilige Geschäft auf der Traktandenliste des Einwohnerrates erscheine. Hanspeter Frey rede im Namen der Mehrheit der Fraktion, dies sei legitim, da jeder seine eigene Meinung haben dürfe.

Ursula Pozivil, FDP-Fraktion, hat auch noch einen Vorschlag: Warum realisiere man nicht zuerst das kleinere Stück der Tranchen? Dort könne man doch Modelle aufstellen.

Saskia Schärer, Departementsvorsteherin Einwohnerdienste und Sicherheit, hält dies für keine gute Lösung. Der Hain fange konzeptionell mit dem grössten Stück an. Das kleinste Stück sei im Moment optisch noch isoliert.

Für **Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion, sei dies alles ein „Grenzproblem“; für den Friedhof ebenso wie für Allschwil. Ein Kredit solle gesprochen werden, um planen zu können. Man müsse ihn ja nicht ganz ausnutzen. Wenn man aber gar keinen Kredit habe, könne man auch nicht gestalten und die Meinung der Bevölkerung ausloten. Die Version der VPK benötige den Kredit, um die Planung weiter zu verfolgen. Er werde dem Antrag der VPK folgen.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion hat den Eindruck, dass Gemeinderätin Schärer von falschen Voraussetzungen ausgehe. Es gehe nicht um einen Probelauf von ein paar Tagen. Er empfiehlt, sich doch einmal über die Meinung der Bevölkerung betreffend die Eisenträger auf dem Friedhof zu erkundigen. Es gehe ihm darum, die Modelle längere Zeit aufzustellen. Die Bevölkerung solle sich ein Bild machen können. Mit dem Kredit von CHF 110'000. — müsse man aber 99 Sockel kaufen. Was, wenn das Konzept nicht akzeptiert würde? Es gehe ihm nicht darum etwas zu verhindern, sondern darum, nicht vergebens Geld auszugeben.

Saskia Schärer, Departementsvorsteherin Einwohnerdienste und Sicherheit, versteht den Unterschied zwischen Probelauf und Modelle aufstellen nicht ganz. Sie könne sich nicht vorstellen, dass man gleichzeitig zu den Modellen schon mit Bestattungen beginne. Diese Modelle könnten ja auch nicht für ca. ein halbes Jahr aufgestellt werden. Es könne sich nur um eine kurze Zeit handeln.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, fragt sich, wie man überhaupt auf die Idee dieses Konzeptes gekommen sei. Man habe kein Geld für fragwürdige Experimente. Er wolle auf Nummer Sicher gehen. Könne man nicht konventionelle Urnengräber dort erstellen? Dies wäre sein Wunsch. Es müssten auch keine Befragungen durchgeführt werden. Für ihn sehe es aus wie ein Soldatenfriedhof.

Peter Humbel, SP/EVP-Fraktion, verweist auf das Friedhofs- und Bestattungsreglement. Dieses sei vom Einwohnerrat beschlossen worden. Man habe damals bereits vom Urnengrab im Hain gewusst. Die Angehörigen können sich auf das Reglement berufen, dieses biete die Möglichkeit an. Es gebe im Reglement eine Bestattungsform, welche real nicht existiere. Dies sei auch ein rechtliches Problem. Es

könnte zu einer Beschwerde kommen. Man solle dem Vorschlag der VPK zustimmen. Er könne sich vorstellen, dass diese Bestattungsart eine grosse Zukunft vor sich habe.

Dr. Ivo Corvini, CVP-Fraktion, findet, es habe sich mit der Vorberatung durch die VPK sehr wohl einiges geändert. Mit dem Beschluss gebe der Einwohnerrat Gelder frei und gebe es in die Kompetenz des Gemeinderates. Es mache schon einen Unterschied, ob man CHF 360'000. — oder CHF 110'000. — freigebe. Der Friedhof sei ein sensibler Bereich, nicht nur wegen der jüngeren Vergangenheit. Offenbar seien sich auch der Gemeinderat und die VPK nicht einig über das effektive Bedürfnis einer solchen neuen Bestattungsart. Er stimme daher dem Antrag Frey zu. Wie die Überprüfung genau gehandhabt werde, wolle er dem Gemeinderat überlassen. Weiter stellt er fest, dass die SP/EVP-Fraktion, jetzt zwar sage, sie sei schon immer für eine Überprüfung gewesen. Einen entsprechenden Antrag habe die SP/EVP-Fraktion, aber nicht gestellt.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion, gibt zu, dass eine Befragung der Bevölkerung schwierig sei. Aber es würde auch schon dem Einwohnerrat bei seiner Entscheidung helfen, wenn er vor Ort die Attrappen anschauen könnte. Man könnte ja auch die Bodenplatten verschieden hoch aufeinander stapeln. Man könne die Fläche sicher auch mal ausstecken.

Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, findet den Vorschlag der Modelle nicht gut. Man müsse zunächst CHF 5'000. — bewilligen für die Attrappen, bei Akzeptanz nochmals CHF 110'000.-- . Dann gehe die Diskussion im Einwohnerrat wieder los.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, will erst dann über den Kredit entscheiden, wenn alle überzeugt seien. Es gehe ihm nicht um eine grundsätzliche Ablehnung. Man könne nicht einfach eine Kredit von CHF 110'000. — sprechen. Er möchte den Entscheid darüber ausstellen.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion, erinnert an die grundsätzliche Diskussion. Sofern man heute den Kredit von CHF 110'000. — bewillige, würde diese Summe ja nach und nach ausgegeben werden. Ausserdem würden die Sockel zu CHF 520.--/ Stk. verkauft. Nach der Erstbelegung wären bereits CHF 52'000. — durch die in Rechnung gestellten Bestattungskosten wieder eingenommen. Mit jeder weiteren Belegung käme also wieder ein grosser Teil der Kosten retour. Er sei überzeugt, dass die hundert Sockel langfristig verkauft werden könnten. Das Geld sei ja nicht verloren. Wenn man merke, dass sich die erste Tranche schlecht verkaufe, könne man ja alle weiteren stoppen. Zum Votum von Dr. Ivo Corvini führt er aus, dass die SP/EVP-Fraktion gar nicht dazu gekommen sei, einen Antrag zu stellen, da die CVP dem zugekommen sei. Im Protokoll seien die entsprechenden Passagen nachzulesen. Man sei damals gegen den dritten Teil der Vorlage gewesen.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion, ist der Ansicht, dass konventionelle Urnengräber billiger gewesen wären als die soeben beschlossene Urnennischenwand.

Josua Studer, SVP-Fraktion, findet ein Modell nicht schlecht. Man habe bei den Urnennischengräbern auch zuerst ein Modell gemacht. Er warnt davor, jetzt 99 Sockel zu kaufen. Am Ende stelle man nach 20 Sockeln fest, dass sie keinen Anklang finden.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, teilt die Ansicht von Thomas Pfaff. Die Kosten seien nicht verloren, sondern sie kämen mit der Zeit durch den Verkauf wieder herein. Sie glaube schon, dass dies ein zukunftsträchtiges Konzept sei. Die Urnennischenwand sei sehr kollektiv und nüchtern. Es sei die schönere und persönlichere Alternative als das Gemeinschaftsgrab. Sie findet das Urnengrab im Hain schön.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, fragt sich, wie man nun abstimmen solle. Der Antrag von Hanspeter Frey sei kein klares Ja und kein klares Nein.

Iris Zihlmann-Glanzmann, Präsidentin, liest die eingereichten Anträge der FDP-Fraktion und der SD-Fraktion nochmals vor:

FDP-Fraktions-Anträge:

Wir beantragen den Beschluss über den Verpflichtungskredit von CHF 110'000. — inkl. MwSt. auszustellen bis zum Vorliegen eines Berichtes über die Nachfrage und über die Akzeptanz dieser Bestattungsart und dieses Grabmaltyps.

Neu 3.3

Für die bevorstehende Nachfrage- und Akzeptanzabklärung wird für die Erstellung von Modellen der 3 Urnensockeltypen (mind. 60 Stück, 3x20 Stk.) ein Kredit von CHF 5'000. — bewilligt.

SD-Fraktions-Antrag:

Die Erstellung eines Urnengrabes im Hain ist ersatzlos zu streichen.

Dr. Ivo Corvini, CVP-Fraktion, hält den Antrag der SD-Fraktion für überflüssig. Dies bedeute nichts anderes, als dass man bei der Abstimmung einfach mit „Nein“ stimmen müsse.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, gibt Peter Humbel betreffend Friedhofsreglement Recht. Aber man könne das Reglement wieder ändern, dies würde weniger als CHF 100'000. — kosten.

Abstimmung über die Anträge der FDP-Fraktion:

*://: Den Anträgen der FDP-Fraktion wird mit **18:15 Stimmen zugestimmt.***

Saskia Schärer, Departementsvorsteherin Einwohnerdienste und Sicherheit, zieht namens des Gemeinderates die Anträge betreffend Urnengrab im Hain zurück.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, ist dezidiert gegen die Variante „Attrappen aufstellen und Meinung der Bevölkerung einholen“. Es sei klar, dass in erster Linie die negativen Meinungen kundgetan würden. Der Gemeinderat könne seinen Antrag sehr gut zurückziehen.

Dr. Guido Beretta, Präsident der Verkehrs- und Planungskommission, präzisiert, dass mit dem Rückzug der gemeinderätlichen Anträge auch die Anträge der Verkehrs- und Planungskommission hinfällig werden.

Iris Zihlmann-Glanzmann, Präsidentin, lässt über den letzten Antrag der gemeinderätlichen Vorlage abstimmen.

://:

4. Der Gemeinderat wird beauftragt, für die Begleitung der Projektierungs- und Ausführungsarbeiten (aller drei) der zwei Projekte eine begleitende Baukommission zu wählen und einzusetzen.

Mit **28:3 Stimmen** wird dem Antrag **zugestimmt.**

PAUSE

Infofenster des Gemeinderates

Robert Vogt, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, informiert über das zweite, stark überarbeitete Projekt des **Erdgasröhrenspeichers**. Die öffentliche Auflage laufe noch bis zum Januar. Der Gemeinderat habe beschlossen, auf eine erneute Einsprache zu verzichten. Allschwil sei ein sehr guter Standort für einen solchen Standort. Allschwil brauche selber viel

Erdgas und sei auch stadtnah. Die Risiken eines solchen Röhrenspeichers seien sehr gut dokumentiert und ausserordentlich klein. Weiter wird im neuen Projekt das Aushubmaterial vollumfänglich zur Hinterfütterung benutzt. Am Ende werde es lediglich eine kleine Terrainerhöhung geben. Ein Lastwagenverkehr durchs Dorf finde nicht statt.

146 11.100 Raumplanung/Zonenplanung
01.032.003 Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen
01.040 Gemeinderat

**6. Berichte des Gemeinderates vom 24.08.2005 und der
Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen vom 27.10.2005
betreffend
Quartierplanung Areal „Elco“, bestehend aus Quartierplan und
Quartierplanreglement, 2. Lesung Geschäft 3623 / A**

Es erfolgt die zweite Lesung des Quartierplanreglements.

Susanne Studer, 2. Vizepräsidentin, verliest das Reglement.

§1 bis §5

§6 Abs. 8 heisst nach der 1. Lesung neu: „Die im Teilplan Nr. 1 festgelegten Bäume und Schutzbepflanzungen (Sträucher, Gehölze, Hecken) sind im Rahmen der Baugesuche in den Umgebungsplan aufzunehmen und als einheimische, standortgerechte Bepflanzungen zu realisieren.“

§7 bis § 14

Keine Wortmeldungen

Es wird wie folgt beschlossen:

- 5.1 Der Quartierplanung "Areal ELCO", bestehend aus den Quartierteilplänen Nr. 1 und Nr. 2 und dem Quartierplanreglement, wird **grossmehrheitlich zugestimmt** und dem Regierungsrat BL zur Genehmigung vorgelegt.
- 5.2 Der Mutation des Lärm-Empfindlichkeitsstufen-Planes betreffend Zuordnung der Empfindlichkeitsstufe III in II auf eine Tiefe von 6.25 m (Parzellen A 1142, A 1146 Anteil und A 2278) entlang des Quartierplanareals sowie der Parzelle A 560 (ab Strassenachse Spitzwaldstrasse inkl. Trottoir) wird **grossmehrheitlich zugestimmt** und dem Regierungsrat BL zur Genehmigung vorgelegt.
- 5.3 Die öffentliche Urkunde betreffend Quartierplanvertrag wird **grossmehrheitlich zur Kenntnis genommen**.

147 01.065 Partnerschaften; Blaj

**7. Motion von Josua Studer, SVP-Fraktion, vom 25.05.2005 betreffend
Aufhebung der Partnerschaft mit Blaj Geschäft 3603**

Der Motionär **Josua Studer**, SVP-Fraktion, nimmt gerade zu beiden Motionen (3603 und 3604) gemeinsam Stellung. Zielrichtung sei, dass man diese Partnerschaften in Allschwil nicht brauche. Das Geld könne man sparen. Bereits an der Budgetsitzung hätte man die CHF 20'000. — mit den Budgetpostulaten einsparen können. Offenbar sei das Interesse an der Aufhebung

der Partnerschaften im Einwohnerrat nicht gering. Dies hätten immerhin die Abstimmungsergebnisse an der Budgetsitzung vom 15.12.2005 gezeigt. Immerhin sei das Ergebnis 18:13 nicht so deutlich *für* die Partnerschaft gewesen.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, weist darauf hin, dass man schon mehrfach über diese Partnerschaften im Einwohnerrat diskutiert habe. Bis auf eine Ausnahme habe der Gemeinderat immer den Auftrag gehabt, an den Partnerschaften festzuhalten. Es sei ein sehr politisches Thema. Er macht zu den Ausgaben in Sachen Partnerschaft einige Angaben. Man habe im Jahr 2003 einen Betrag 3'233.80 CHF für Blaj aufgewendet. Im Jahr 2004 CHF 8'880.--, im Budget 2005 wurde kein Betrag zugesprochen. Im Budget 2006 wurden die CHF 10'000. — wieder bewilligt. Dr. Anton Lauber gibt einen Rückblick über die bisherigen Aktivitäten. In den Zeiten 1990 bis 1994 habe man vor allem Medikamente und medizinische Apparate geliefert, ausserdem auch Grundnahrungsmittel, Decken und Kleider, Schul- und Büromaterial. In den Jahren 1994 bis 2000 habe man das Altersheim und das Waisenhaus sowie die Schulhäuser mit konkreten Sachgaben oder Arbeiten unterstützt (Fenster/Kanalisation/Hilfsmittel/Waschzuber/Heizung). Seit dem Jahr 2000 habe man als Gemeinwesen von dieser Form der Entwicklungshilfe abgesehen. Dies sei Sache des Bundes. Seit dem Jahre 2000 praktiziere man nur noch Hilfe zur Selbsthilfe. Es habe zum Beispiel eine Ärztin eine dreimonatige Stage im Spital Bruderholz absolviert. Seit ein paar Jahren würden Winzer in der Domaine Nussbaumer für jeweils sechs Monate ausgebildet. Zum Thema „Darlehen“ führt er aus: Ursprünglich habe man sechs Darlehen von je CHF 5'000. — gewährt. Diese seien in die Disposition des Bürgermeisters gestellt worden. Das Geld sei für die Erweiterung dreier Landwirtschaftsbetriebe, den Ausbau einer Arztpraxis, der Erweiterung einer Polsterfirma und den Aufbau eines medizinischen Labors verwendet worden. Die CHF 30'000. — würden aktuell noch vom Bürgermeister verwaltet und nach Rückzahlung immer wieder reinvestiert. Dies werde auch kontrolliert. Zwei Darlehen von je CHF 5'000. — seien durch Privatpersonen gespendet worden. Die wichtigsten Begegnungen hätten auf Behördenebene, unter Ärzten und Unternehmern stattgefunden. Ausserdem seien Schüler aus Blaj hier in Allschwil gewesen und umgekehrt, ebenso Pfarrer, Sportler, Künstler und Lehrkräfte. Grundsätzlich könne man die Frage stellen, ob die Pflege von Partnerschaften eine Aufgabe der öffentlichen Hand sei. Er möchte hier nur eines betonen: Auch wenn die Partnerschaft hauptsächlich von Privatpersonen gepflegt und gelebt werde, sei es ausserordentlich wichtig, dass es eine offizielle Legitimation gebe. Gerade in diesen Ländern sei es unumgänglich, dass zwischen den Behörden die Kontakte gepflegt werden und die Partnerschaft wahrgenommen wird. Nur so könne man auch auf administrative Unterstützung zählen. Heute steht der Austausch unter den Menschen klar im Vordergrund. Das Finanzielle stehe nicht im Vordergrund.

Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, freut sich, dass die Partnerschaft laufe. Es sei klar geworden, dass es nicht um grosse finanzielle Beträge gehe. Eigentlich könnte der Gemeinderat in eigener Kompetenz darüber entscheiden. Er hält es für kurios, dass man, nachdem man an der letzten Sitzung die Gelder im Budget bewilligt habe, nun nochmals mit einer Motion komme. Er hält die Partnerschaft für gut und stellt sie nicht in Frage.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, bedankt sich für die detaillierten Ausführungen des Gemeindepräsidenten. Er betont, dass seine Fraktion für die Partnerschaften sei. Ihnen schwebe aber vor, dass man nicht eine im Voraus festgelegte Summe budgetiert, sondern projektbezogene Kreditanträge an den Einwohnerrat richte. Sofern man dann mit den konkreten Projekten einverstanden sei, werde man sehr gerne die Gelder bewilligen.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion, vertritt namens seiner Fraktion die Ansicht, dass man das Thema endlich abschliessen sollte. Seine Fraktion stehe nach wie vor hinter den Partnerschaften.

Für **Lucius Cueni**, SP/EVP-Fraktion, geht es ums Prinzip, weniger um das Geld. Er habe Mühe mit dem „offiziellen Anstrich“ der Partnerschaften. Er habe nichts gegen die Unterstützung von Gemeinden und Staaten, die es benötigen. Dies sollte aber durch Private geschehen, es sei nicht Aufgabe der Gemeinde.

Dr. Ivo Corvini, CVP-Fraktion, ist der Ansicht, dass beide Partnerschaften (Blaj und Pfullendorf) ihre Vor- und Nachteile hätten. Man könne sich schon fragen, was Partnerschaft bedeute. Für ihn sei der soziale Zweck wichtig. Bei Blaj vermisse er den Austausch zwischen den zwei offiziellen Gemeinden. Eine Partnerschaft lebe auch vom Austausch der offiziellen Repräsentanten. Bei Pfullendorf hingegen finde ein solcher Austausch statt. Da allerdings sehe er keinen sozialen Zweck. Er erwarte vom Gemeinderat neue Vorschläge, wie man die Partnerschaften weiterführen wolle. Er enthalte sich aus diesem Grund bei den zwei Vorstössen.

Bezug nehmend auf das Votum von Dr. Guido Beretta, versichert **Dr. Anton Lauber**, Gemeindepräsident, dass er die projektbezogenen Anträge vorlegen werde. Eine Begegnung der offiziellen Vertreter, also eine Reise nach Blaj, werde er nicht ohne das „ok“ des Einwohnerrates durchführen. Wenn sich heute Abend ein klares Abstimmungsergebnis für die Partnerschaft mit Blaj zeige, werde er nach Blaj reisen. Er werde nicht das Risiko eingehen, sich für eine nicht abgesegnete Reise nach Blaj vor der GPK rechtfertigen zu müssen. Weiter erinnert er daran, dass er bereits schon in Blaj gewesen sei. Ausserdem finde sehr wohl ein Austausch zwischen den Gemeinden statt. Der soziale Zweck werde nach seiner Ansicht gelebt. Auch der gesellschaftliche Zweck gehöre für ihn dazu.

Abstimmung:

://:

Die Motion von Josua Studer, SVP-Fraktion, vom 25.05.2005 betreffend Aufhebung der Partnerschaft mit Blaj (Geschäft 3603) wird mit **22:9 Stimmen abgelehnt**.

148 01.060 Partnerschaften; Pfullendorf

8. Motion von Josua Studer, SVP-Fraktion, vom 25.05.2005 betreffend Aufhebung der Partnerschaft mit Pfullendorf Geschäft 3604

Der Motionär verzichtet auf eine weitere Stellungnahme und verweist auf sein vorheriges Votum.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, hält fest, dass die Partnerschaft mit Pfullendorf gelebt werde. Dies sei auch aus administrativen und politischen Gründen leichter. Es gebe weniger formelle Hürden. Diese Partnerschaft sei lebendiger und man pflege hierbei auch den gesellschaftlichen Teil. Nach seiner Ansicht, erfüllt auch der gesellschaftliche Teil durchaus einen sozialen Zweck.

Abstimmung:

://:

Die Motion von Josua Studer, SVP-Fraktion, vom 25.05.2005 betreffend Aufhebung der Partnerschaft mit Pfullendorf (Geschäft 3604) wird mit **21:9 Stimmen abgelehnt**.

ENDE der Sitzung um 21.20 Uhr.